



Heft 2/2005

Inhalt

Die Entwicklung Bremens von der Handelsstadt zur Industriestadt und zum Dienstleistungsstandort	53
1. Einführung	53
2. Ein kurzer historischer Rückblick	53
3. Die bremische Wirtschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts	53
4. Die 90er Jahre und die Entwicklung bis 2003	58
5. Fazit	61
Tschechisch-deutsches Twinning-Projekt „Statistik für Erneuerbare Energien“	62
Strukturwandel und Beschäftigungsentwicklung des Landes Bremen 1994 bis 2004	64
1. Langfristige Wirkungsketten regionaler Strukturpolitik	64
2. Wandel der Erwerbsstrukturen	65
3. Beschäftigungsabbau – Steigende Produktivität	67
Wirtschaftskurven	73
Zahlenspiegel	75

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Bremen

An der Weide 14-16
28195 Bremen

Tel.: 0421 - 361 6070
Fax: 0421 - 361 6168

E-mail: office@statistik.bremen.de
<http://www.statistik.bremen.de>

ISSN 1860-997X

Mai – August 2005

Statistische Berichte:

Bevölkerung, Haushalte u. Erwerbstätige im Lande Bremen
Ergebnisse des 1%-Mikrozensus 2001 bis 2004 nach regionalen Gruppen

(A I 5, 7, 10, 11, 12, 13)

(A VI 2, 4, 8 – j/01-04)

Der Reiseverkehr im Lande Bremen
Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben
Januar bis März 2005

(G IV 1 – m 01-03/05)

Straßenverkehrsunfälle im Lande Bremen April 2005
(H I 1 – m 04/05)

Seeverkehr der Bremischen Häfen
Januar bis März 2005

(H II 2 – vj 1/05)

Verbraucherpreise in der Stadt Bremen April, Mai 2005
(m I 2 – m 04/05, 05/05)

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung
von Steinen und Erden im
Lande Bremen März 2005

(E I 1 – m 03/05)

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung im
Dezember 2004, Januar 2005

(A I 1 – m 12/ 04, 01/ 05)

Verarbeitendes Gewerbe sowie Gewinnung von Steinen
und Erden im Lande Bremen

April 2005, Mai 2005

(E I 1 – m 04/05, 05/05)

Straßenverkehrsunfälle im Lande Bremen im Mai 2005
(H I 1 – m 05/05)

Binnenschifffahrt in den Bremischen Häfen

Januar bis März 2005

(H II 1 –vj 1/05)

Die Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe,
Handel, Kreditinstituten
und Versicherungsgewerbe im Lande Bremen April 2005
(N I 1 –vj 2/05)

Die Umsätze und ihre Besteuerung im Lande Bremen
2003

(L IV 1 –j / 03)

Verbraucherpreise in der Stadt Bremen
Juni 2005

(M I 2 – m 06/05)

Querschnittsveröffentlichungen:

Bremen kleinräumig (CD), Ausgabe 2005

Die Ortsteile der Stadt Bremen

Bremen in Zahlen 2005

© Statistisches Landesamt Bremen, Bremen 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten

Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau null.
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der betreffenden Übersicht dargestellt werden kann.
- . = Zahlenwert ist unbekannt oder kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden (z. B. aus Geheimhaltungsgründen).
- x = Fragestellung nicht zutreffend oder Nachweis nicht sinnvoll.
- ... = Angabe fällt später an.
- / = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ.
- D = Durchschnitt
- p = vorläufige Zahlen
- r = berichtigte Zahlen
- s = geschätzt

Im allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.

Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen in der Endsumme ergeben.



Die Entwicklung Bremens von der Handelsstadt zur Industriestadt und zum Dienstleistungsstandort*

1. Einführung

In einer hochentwickelten Volkswirtschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland verlagert sich das Schwergewicht wirtschaftlicher Tätigkeiten mehr und mehr vom herkömmlichen industriellen Sektor auf Hochtechnologiebranchen und die damit verbundenen Dienstleistungsbereiche. Auch für Bremen stellt sich daher die Frage, inwieweit die hiesige Wirtschaft dafür gerüstet ist, den Forderungen der Zukunft an eine leistungsfähige Wirtschaftsstruktur mit einem starken Dienstleistungssektor nachzukommen. Im vorliegenden Beitrag soll anhand vorhandenen statistischen Materials über Arbeitsplätze und Wirtschaftsleistung die bisherige Entwicklung und der derzeitige Standort der bremischen Wirtschaft betrachtet werden, um eine entsprechende Antwort für Bremen zu finden.

2. Ein kurzer historischer Rückblick

In Bremen als Hafenstadt haben Handelsbeziehungen nach Übersee naturgemäß eine lange Tradition. Die Anzahl der damit verbundenen Arbeitsplätze war demgemäß groß, so dass der Wirtschaftssektor „Handel und Verkehr“ in früheren Jahrhunderten einen hohen Stellenwert innerhalb der Gesamtwirtschaft der Hansestadt besaß.¹ Unter „Handel“ ist hierbei für Bremen insbesondere der Groß- und Außenhandel zu verstehen und unter „Verkehr“ der See- und Binnenschiffsverkehr sowie der Straßengüterverkehr. Noch um 1900 verdiente mit 36,7 % mehr als ein Drittel der berufstätigen Gesamtbevölkerung Bremens seinen Lebensunterhalt im Handels- und Verkehrssektor; das ist ein erheblich höherer Wert als im Durchschnitt des damaligen Reichsgebietes (14,6 %).² Aber auch der Industriesektor zeigte bereits damals in Bremen eine erhebliche Stärke. Obwohl die Industrialisierung Bremens – verglichen mit dem übrigen Reichsgebiet – verspätet begann und die Jahre unmittelbar vor dem ersten Weltkrieg als die eigentlichen Gründerjahre der bremischen Industrie angesehen werden können³, waren schon 1900 45,6 % der „berufstätigen Gesamtbevölkerung mit ihren Angehörigen“ in der Industrie der Stadt Bremen beschäftigt und somit ein ähnlich hoher Anteil wie im Durchschnitt des Reichsgebietes (41,6 %).⁴ Die Abgrenzung des Wirtschaftsbereichs „Industrie“ bezog damals allerdings das Baugewerbe mit ein und unterscheidet sich somit von dem heute für den industriellen Sektor gebräuchlichen Begriff „Verarbeitendes Gewerbe“; angesichts der regen Bautätigkeit in Bremen und im übrigen Reichs-

gebiet gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde der Industriesektor nicht unerheblich vom baugewerblichen Teil bestimmt. Der Dienstleistungsbereich, unter dem Anfang des vorigen Jahrhunderts der öffentliche Dienst sowie die Freien Berufe verstanden wurden, fristete zunächst noch ein Schattendasein. Mit Anteilswerten von 7,9 % (Bremen) bzw. 8,7 % (Reichsgebiet) verdiente jeweils weniger als jeder zehnte Berufstätige einschl. Angehörige den Lebensunterhalt in einem Dienstleistungsbetrieb.⁵

In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen und erst recht in den Kriegsjahren selbst kam es in Bremen wie auch im gesamten Reichsgebiet zu erheblichen Verwerfungen in der Wirtschaftsstruktur. In welchem Umfang die bremische Bevölkerung weiterhin Arbeit in Betrieben des Groß- und Außenhandels oder im Hafens fand und inwieweit der industrielle Sektor hervortrat, wurde überwiegend nicht durch „normale“ Konjunktur- und Wachstumsfaktoren bestimmt, sondern durch Kriegereignisse und die politischen Verhältnisse in den Jahren der Nazi-Herrschaft. So erlitt der Warenverkehr über die Bremischen Häfen in den Jahren 1914/18 und unmittelbar danach schwere Einbußen. Andererseits erlangte die bremische Industrie durch Aufrüstung in den Jahren vor dem 2. Weltkrieg einen nicht unbedeutenden Boom⁶. Diese Entwicklung kann aber nicht als ökonomisch bestimmter Strukturwandel verstanden werden. Bei einer Untersuchung über die Entwicklungsströme der bremischen Wirtschaftsstruktur führen Daten über diesen Zeitraum daher kaum zu Erkenntnissen über ökonomische Zusammenhänge, so dass diese Zeitspanne hier nicht weiter betrachtet werden soll.

3. Die bremische Wirtschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Am 13. September 1950 fand in der Bundesrepublik die erste Großzählung der Nachkriegszeit über Arbeitsstätten und Beschäftigte statt, die sich auf nahezu alle Bereiche der Wirtschaft erstreckte. Die Ergebnisse dieser Arbeitsstättenzählung 1950 bieten eine breite Datenbasis für die Betrachtung der Lage der Wirtschaft im Lande Bremen und im gesamten Bundesgebiet. Durch einen Vergleich mit den Daten späterer Arbeitsstättenzählungen, die nach ähnlichen Konzepten durchgeführt wurden, ist es zudem möglich, die Strukturwandlungen der bremischen Wirtschaft im Zeitablauf zu untersuchen. Dabei soll im folgenden Bremen immer als Land betrachtet werden. Eine Aufteilung in die beiden Städte Bremen und Bremerhaven erscheint

* Der vorliegende Beitrag ist in weitgehend derselben Fassung bereits unter dem Titel „Bremen: Handelsstadt - Industriestadt - Dienstleistungsstandort. Vorbereitet auf das 21. Jahrhundert?“ erschienen in: Roder, Hartmut (Hrsg.), Bremen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Tendenzen 2004, Jahrbuch des Überseemuseums.

¹ Die folgenden Zahlen beziehen sich auf die Stadt Bremen in der damaligen Abgrenzung, d.h. ohne die inzwischen zum Stadtgebiet gehörenden ehemaligen Landgemeinden.

² Siehe „Die Volkszählung vom 1. Dezember 1900 im Bremischen Staate“, I.Band, hrsg. vom Bremischen Statistischen Amt, Bremen 1903, S.154. „Bevölkerung und Wirtschaft, Langfristige Reihen 1871 bis 1957 für das Deutsche Reich und die Bundesrepublik Deutschland“, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1958, S.29; die Angaben für das Deutsche Reich beziehen sich auf 1907 und schließen für den Handelssektor das Geld- und Versicherungswesen ein. Die Terminologie damaliger Zählungen „Berufstätige Gesamtbevölkerung mit ihren Angehörigen“ entspricht nicht heutigen statistischen Begriffen, das erschwert zwar die Gegenüberstellung absoluter Werte im langfristigen Zeitvergleich, jedoch weniger den hier verwendeten Vergleich von Anteilswerten.

³ Siehe Roder, Hartmut: Bremens Wirtschaft im Wandel 1850 bis 2000. In: Bremisches Jahrbuch, Bd. 81 (2002), S. 55 ff.

⁴ Siehe Anm. 2.

⁵ Siehe Anm. 2.

⁶ Vgl. Schwarzwälder, Herbert: Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 3, Hamburg 1983, S.101 ff.; ders., Bd. 4, Hamburg 1985, S.227.



wegen der engen Verflechtung der Wirtschaftsstruktur beider Städte nicht sinnvoll, zumal das stadtbremische Überseehafengebiet Bremerhaven in den Arbeitsstättenzählungen in den Daten der Stadt Bremen nachgewiesen wird. Eine für die Wirtschaftsleistung des Landes Bremen nicht unwichtige Region wäre also bei getrennter Betrachtung der beiden Städte ohnehin nicht ihrer tatsächlichen geografischen Lage entsprechend zugeordnet gewesen.

Zu Beginn der Nachkriegsentwicklung: weiterhin starke Stellung des Handelssektors in Bremen

Kurz nach Ende des zweiten Weltkriegs und zu Beginn der Aufbauphase nach den Kriegszerstörungen zeigte die bremische Wirtschaft im Jahre 1950 hinsichtlich ihrer Struktur ein Bild, das demjenigen am Anfang des Jahrhunderts – in der Stadt Bremen – recht ähnlich ist: fast ein Drittel (31,9 %) der Beschäftigten war im Handels- und Verkehrssektor tätig und somit ein nur unwesentlich geringerer Anteil als 50 Jahre zuvor (36,7 %). Im Verarbeitenden Gewerbe fanden 1950 insgesamt 34,7 % der Beschäftigten Arbeit und weitere 11 % im Baugewerbe. Berücksichtigt man, dass die Abgrenzung des Bereichs „Industrie“ zu Beginn des Jahrhunderts das Baugewerbe einschloss, dann stimmt auch für den industriellen Sektor der damalige Beschäftigtenanteil (45,6 %) mit dem 50 Jahre später gemessenen Wert überein (vgl. Tab 1).

Im gesamten Bundesgebiet besaß das Verarbeitende Gewerbe 1950 hinsichtlich der Arbeitsplatzzahl mit einem Anteilswert von 43,6 % ein deutlich höheres Gewicht als in Bremen, der Handels- und Verkehrssektor mit 21,8 % dagegen erheblich weniger Bedeutung als in der Hansestadt. Der Dienstleistungssektor spielte 1950 auf Bundesebene mit 8 % aller Beschäftigten noch eine untergeordnete Rolle. Für Bremen dürfte das nicht anders gewesen sein, allerdings lassen sich die entsprechenden Arbeitsplatzzahlen in der erforderlichen Bereichsabgrenzung nur zusammen mit denjenigen im Staatssektor darstellen.

Gemessen an der Zahl der Arbeitsplätze ist Bremen also nach wie vor als Handelsstadt zu bezeichnen. Das gilt zumindest im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet: war in der Hansestadt annähernd jeder dritte Beschäftigte in einem Betrieb des Handels- und Verkehrssektors tätig, so war es bundesweit nur jeder fünfte. Die unverändert starke Ausrichtung des bremischen Handelssektors auf den Groß- und Außenhandel sowie des Verkehrssektors auf den Hafenumschlag und die damit verbundenen Tätigkeiten findet hier ihren Ausdruck. Der Handelssektor besitzt somit in Bremen fast dasselbe Gewicht wie das Verarbeitende Gewerbe, in dessen Betrieben mit 34,7 % aller Beschäftigten etwas mehr als jeder dritte Erwerbstätige seinen Lebensunterhalt verdiente. Das bremische Verarbeitende Gewerbe lag damit hinsichtlich der Zahl der Arbeitsplätze zwar knapp vor dem Handel und Verkehr; verglichen mit den Verhältnissen auf Bundesebene muss der industrielle Sektor in Bremen

Tab.1
Beschäftigte im
Land Bremen und
im Bundesgebiet
1950, 1961 und
1970 nach Wirtschafts-
bereichen

Wirtschaftsbereich ¹	1950		1961		1970	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Land Bremen						
Sonstige Bereiche ³	7 379	3,0	9 325	2,5	7 406	2,0
Verarbeitendes Gewerbe	84 324	34,7	128 856	34,6	122 730	32,9
Baugewerbe	26 735	11,0	30 895	8,3	28 772	7,7
Handel und Verkehr	77 495	31,9	122 954	33,0	115 657	31,0
Dienstleistungen	} 47 061	19,4	43 172	11,6	50 031	13,4
Staat, Organ. o. Erwerbszweck			37 601	10,1	48 049	12,9
Insgesamt	242 994	100	372 803	100	372 645	100
Bundesgebiet ²						
Sonstige Bereiche ³	776 005	5,1	828 878	3,6	576 231	2,4
Verarbeitendes Gewerbe	6 653 547	43,6	9 934 552	43,2	10 124 645	41,5
Baugewerbe	1 566 793	10,3	2 226 538	9,7	2 249 983	9,2
Handel und Verkehr	3 333 420	21,8	5 124 027	22,3	5 193 543	21,3
Dienstleistungen	1 215 018	8,0	2 594 188	11,3	3 105 764	12,7
Staat, Organ. o. Erwerbszweck	1 722 095	11,3	2 290 887	10,0	3 147 436	12,9
Insgesamt	15 266 878	100	22 999 070	100	24 397 602	100

¹ Nach der Wirtschaftszweigsystematik 1970.

² 1950 ohne Berlin (West).

³ Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau; ohne Beschäftigte in land- u. forstwirtschaftlichen Betrieben, soweit diese bei der Besteuerung nicht als Gewerbebetrieb gelten.

Quelle für die bremischen Werte: Bremen im Statistischen Zeitvergleich 1950 bis 1976, hrsg. vom Statistischen Landesamt, Bremen 1977.

Quelle für die Bundeswerte: Fachserie 2, Heft 11 Arbeitsstätten, Unternehmen und Beschäftigte 1987, 1970, 1961 und 1950; hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1990.

aber als unterrepräsentiert gelten: bundesweit waren 1950 in den Industriebetrieben etwa doppelt so viele Personen beschäftigt wie im Handel und Verkehr.

Die 50er und 60er Jahre in Bremen: Handels- und Industriesektor nach Zahl der Arbeitsplätze gleich stark

Ein Jahrzehnt später, im Jahre 1961⁷, hat sich die Zahl der Arbeitsplätze in Bremen von 243 000 (1950) auf nunmehr 373 000 stark erhöht. Von diesem Anstieg hat der Handel und Verkehr noch etwas stärker profitiert als das Verarbeitende Gewerbe, so dass sich ihr Größenverhältnis zueinander noch leicht zugunsten des Handelssektors verschoben hat. Insgesamt stellt sich jetzt die bremische Wirtschaftsstruktur, wie Abb. 1a zeigt, wie folgt dar:

Verarbeitendes Gewerbe sowie Handel und Verkehr stellen mit 34 % bzw. 33 % aller Arbeitsplätze annähernd gleich starke Säulen der bremischen Wirtschaft dar; der Dienstleistungssektor spielte dagegen mit 12 % aller Beschäftigten noch kaum eine Rolle.

Auch auf Bundesebene wurden mit 23 Mill. Beschäftigten 1961 erheblich mehr gezählt als 1950 (15,3 Mill.), ohne dass sich das Größenverhältnis der Branchen zueinander wesentlich geändert hat (vgl. Abb. 1b):

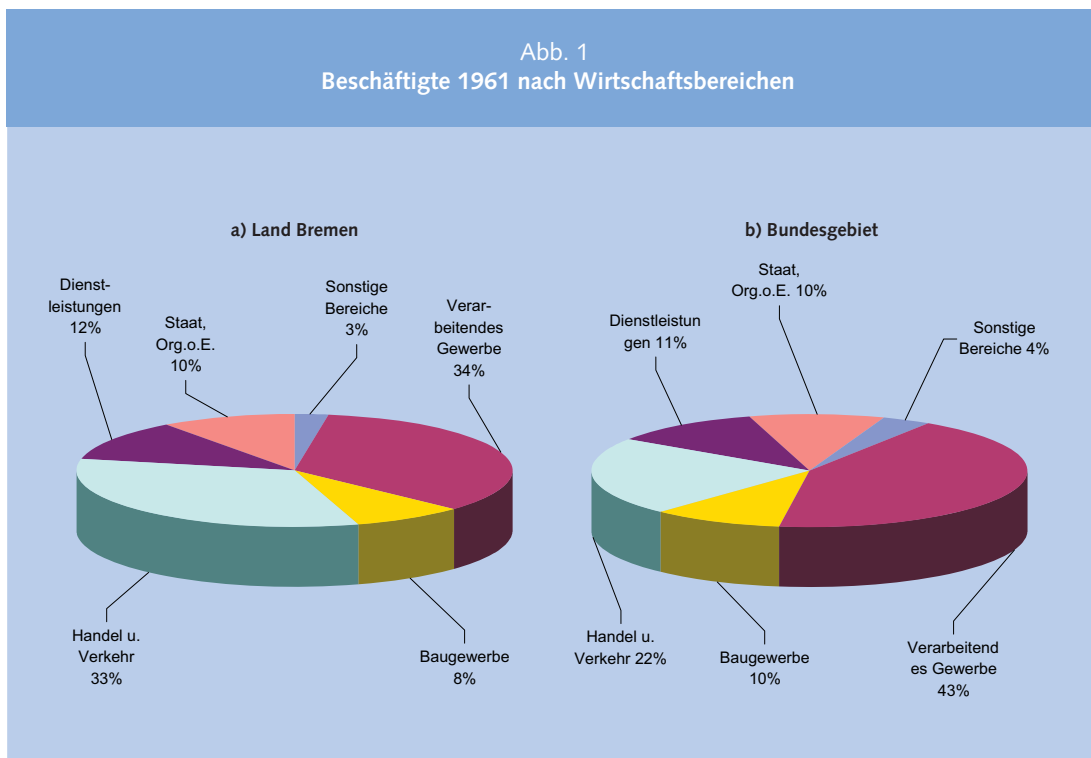
Nach wie vor ist das Verarbeitende Gewerbe auf dem bundesweiten Arbeitsmarkt doppelt so

stark vertreten wie der Handels- und Verkehrssektor und somit – im Unterschied zur bremischen Situation – der eindeutig dominierende Wirtschaftsbereich. Weiterhin ohne größere Bedeutung ist auch auf Bundesebene der Dienstleistungsbereich.

Bis 1970 fanden auf dem bremischen Arbeitsmarkt keine gravierenden Strukturverschiebungen statt. Verarbeitendes Gewerbe sowie Handel und Verkehr sind hinsichtlich der Anzahl der Arbeitsplätze unverändert die beiden gleichstarken Säulen der bremischen Wirtschaft. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes kam es allerdings zu bedeutenden Gewichtsverlagerungen. Waren die 50er Jahre noch durch ein kräftiges Anwachsen des Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbaus gekennzeichnet, dessen Beschäftigtenzahl – vor allem im Schiffbau sowie im Straßenfahrzeugbau – innerhalb eines Jahrzehnts von 34 000 auf 64 000 anwuchs, so musste bis 1970 ein Rückgang auf 57 000 Beschäftigte hingenommen werden. Der Zusammenbruch des Borgward-Konzerns im Jahre 1961 zeigte hier seine Auswirkungen, dessen Folgen für das gesamte Verarbeitende Gewerbe Bremens nur deshalb nicht noch schwerer ausfielen, weil innerhalb vergleichsweise weniger Jahre ein Ausgleich in anderen Branchen gefunden werden konnte. Hierzu zählt neben dem sich entwickelnden Luftfahrzeugbau vor allem auch die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, dessen Arbeitsplatzzahl sich bis 1970 auf 26 000 Beschäftigte erhöhte. Die Betriebe des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes zählten somit neben dem Schiffbau bis zu Beginn der 70er Jahre zu den Stützen des Verarbeitenden Gewerbes in Bremen.

⁷ Die Auswahl der Jahre 1950, 1961 und 1970, über die hier berichtet wird, richtet sich nach den Erhebungsterminen der Arbeitsstättenzählungen.

Abb. 1
Beschäftigte 1961 nach Wirtschaftsbereichen





Kräftige Steigerung der Arbeitsproduktivität macht Industrie zum stärksten Wirtschaftssektor Bremens

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte war nicht nur gekennzeichnet durch teilweise kräftige Wachstumsraten, sondern – infolge technischer Entwicklungen – auch durch eine ständige Zunahme der Arbeitsproduktivität. Immer mehr Leistung kann durch immer weniger Arbeitseinsatz erbracht werden. Die Anzahl der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftszweigen ist daher allein kein Maßstab, um ihren jeweiligen Stellenwert innerhalb der Gesamtwirtschaft zu messen, da sich die Produktivitäten in den einzelnen Branchen in der Regel unterschiedlich entwickeln. Gleichbleibende Beschäftigtenanteile eines Wirtschaftsbereichs können angesichts unterschiedlich steigender Produktivitäten unter Umständen sogar eher den Blick auf die Tatsache verstellen, dass ein Wirtschaftsbereich an Bedeutung zugenommen hat.

An die Stelle der Arbeitsplatzzahlen der einzelnen Branchen muss also eine Größe treten, die als Ausdruck für die Wirtschaftsleistung und –kraft dienen kann. Zur Messung dieser Wirtschaftskraft wird im folgenden die Bruttowertschöpfung⁸ der jeweiligen Zweige herangezogen werden bzw. das Bruttoinlandsprodukt⁹ als Summe der Leistung aller am Wirtschaftsleben Teilnehmenden. Danach entfiel in Bremen in den beiden Jahrzehnten zwischen 1950 und 1970 auch nach Maßgabe dieser Größe ein knappes Drittel der gesamtwirtschaftlichen Leistung auf den Handels- und Verkehrssektor, allerdings mit leicht rückläufiger Tendenz. So trugen Handel und Verkehr 1950 noch etwas über einem Drittel zum bremischen Bruttoinlandsprodukt bei, 1960 28,4 % und 1970 noch 24,9 %. Gleichwohl zeigt sich an diesen Werten noch deutlicher als an den Beschäftigtenzahlen die im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überragende Stellung des Handels und Verkehrs in Bremen: mit Werten um 15 % entfiel auf Bundesebene nur ein annähernd halb so großer Anteil des Bruttoinlandsprodukts auf den Handels- und Verkehrssektor als in Bremen.

Besonders aufschlussreich sind die Daten über die Anteile der Bruttowertschöpfung aber vor allem für das Verarbeitende Gewerbe. Auf diesen Sektor der bremischen Wirtschaft entfiel 1970 ein Drittel aller Arbeitsplätze, ein leicht unter dem Wert von 1950 liegender Anteil. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt übertraf dagegen 1970 mit 35,3 % den 1950 ermittelten Wert (22,5 %) erheblich. Die Fortentwicklungen der Produktionstechniken in Richtung ständig zunehmender Arbeitsproduktivitäten finden hier ihren Ausdruck. Damit hat das Verarbeitende Gewerbe in Bremen den Handel und Verkehr in seiner Bedeutung für die Gesamtwirtschaft spürbar überflügelt. Anders als an den Beschäftigtenzahlen zunächst abzulesen

war, hat sich das Verarbeitende Gewerbe in Bremen zum größten Wirtschaftsbereich entwickelt und verfügt in der Hansestadt über annähernd dasselbe Gewicht innerhalb der Gesamtwirtschaft wie im Bundesdurchschnitt (37 % Anteil am Bruttoinlandsprodukt). Dem erhöhten Stellenwert des Produktionssektors entspricht ein gesunkener Anteil der gesamtwirtschaftlichen Leistung für den Handels- und Verkehrssektor, dessen Anteilswert sich in Bremen bis 1970 auf 24,9 % verringert hat, gleichwohl aber den entsprechenden Wert im Bundesdurchschnitt weiterhin deutlich übertrifft (14,5 %). Der Dienstleistungssektor, der hinsichtlich der Arbeitsplatzzahlen bis 1970 weiterhin nur eine Nebenrolle innerhalb der bremischen Wirtschaft spielte, hat seinen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Leistung Bremens bis 1970 spürbar steigern können: nach einem Wertschöpfungsanteil von nur 13,7 % im Jahre 1950 konnten 20 Jahre später immerhin schon 19,4 % erreicht werden, so dass der Dienstleistungssektor nach dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Handels- und Verkehrssektor ein recht kräftiges drittes Standbein für die bremische Wirtschaft darstellte. Allerdings konnte das entsprechende Gewicht auf Bundesebene, wo der Dienstleistungssektor mit einem Wertschöpfungsanteil von 21,3 % noch vor dem Handel und Verkehr bereits zweitstärkster Wirtschaftsbereich war, nicht ganz erreicht werden.

Als **Zwischenbilanz** der bisherigen Betrachtung kann somit festgehalten werden: Bis 1970 hat sich in der Wirtschaft des Landes Bremen – bei weiterhin beachtlicher Stellung des Handels und Verkehrs – ein starker Industriesektor entwickelt, der den Handels- und Verkehrssektor im Hinblick auf den Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Leistung vom ersten Platz unter den Branchen verdrängt hat. Der Dienstleistungsbereich ist dagegen in der Hansestadt weiterhin – noch – unterrepräsentiert, und zwar sowohl im Vergleich zu den übrigen bremischen Wirtschaftsbereichen als auch gegenüber dem inzwischen auf Bundesebene erreichten Anteil am Bruttoinlandsprodukt.

Anfang der 70er Jahre: Stellenwert des bremischen Industriesektors erreicht Höhepunkt

Zu Beginn der 70er Jahre konnte der industrielle Sektor in Bremen seinen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt noch einmal steigern und erreichte 1973 mit einem Wertschöpfungsanteil von 36,7 % einen danach nie wieder erreichten Höhepunkt. Die Industrie war damals geprägt von Branchen wie dem Schiffs-, Straßen- und Luftfahrzeugbau mit – trotz Zusammenbruch des Borgward-Konzerns – zusammen etwa 26 000 Arbeitsplätzen allein in Mittel- und Großbetrieben ab 10 Beschäftigten, sowie dem Nahrungs- und Genussmittelbereich mit fast 25 000 Beschäftigten. Insgesamt ver-

⁸ Die Größe „Bruttowertschöpfung“ ist definiert als Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen eines Wirtschaftsbereichs abzüglich der von anderen Wirtschaftseinheiten bezogenen Vorprodukte (Vorleistungen).

⁹ Durch Änderung in der Verbuchung der Umsatzsteuer vom modifizierten Bruttosystem (d.h. die Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche wird einschließlich geschuldete Umsatzsteuer nachgewiesen) zum Nettosystem (d.h. die Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ist frei von Umsatzsteuer, die als Gesamtbetrag der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer als Posten zwischen der Summe der Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche und dem Bruttoinlandsprodukt verbucht wird), ist der Vergleich der Wertschöpfungsgrößen für 1950/1960 einerseits und 1970 ff. andererseits erschwert. Da die geänderte Verbuchungspraxis aber die Werte sowohl für Bremen als auch das Bundesgebiet betrifft und auch alle Wirtschaftsbereiche, dürfte der Vergleich der hier betrachteten Anteilswerte aber weitgehend unverzerrt möglich sein. Wegen des Differenzpostens „nichtabzugsfähige Umsatzsteuer“ zwischen Bruttoinlandsprodukt und Summe der Bruttowertschöpfung kann die Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ab 1970 allerdings nicht als Anteil am Bruttoinlandsprodukt ausgedrückt werden sondern als Anteil an der Wertschöpfungssumme.

dienten 101 000 Personen ihren Lebensunterhalt im Industriesektor (Betriebe ab 10 Beschäftigte).

Fahrzeugbau sowie Nahrungs- und Genussmittelbereich waren somit die tragenden Säulen der bremischen Industrie und führten in ihren Boom-Jahren zu der starken Stellung, den der Produktionssektor innerhalb des gesamtwirtschaftlichen Gefüges der Hansestadt einnahm. Nachfolgende Probleme gerade dieser Industriezweige prägten dann allerdings ebenfalls die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes, jetzt jedoch als schwächendes Element. Das trifft weniger für den Straßenfahrzeugbau und den Luftfahrzeugbau zu, die inzwischen wieder als solide Standbeine der bremischen Industrie gelten können, als vielmehr für den Schiffbau und das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

Konnte der bremische Schiffbau bis Mitte der 70er Jahre seine starke Stellung zunächst noch halten, so kam es in den Folgejahren zu schweren Einbußen¹⁰. Die Schließung der traditionsreichen „AG Weser“ im Jahre 1983 symbolisiert diese Entwicklung. Jahr für Jahr verringerte sich die Wertschöpfung des bremischen Schiffbaus um zweistellige Raten. Diese rückläufige Entwicklung war jedoch keine bremische Besonderheit. Auch bundesweit ging die Wirtschaftsleistung des Schiffbaus erheblich zurück. Die Werftenkrise in Bremen war also weniger „hausgemacht“ als vielmehr auf Überkapazitäten im Weltschiffbau bzw. hohe Subventionierungen ausländischer Schiffbaustandorte zurückzuführen. Infolge der starken Stellung, die der Schiffbau innerhalb des bremischen Verarbeitenden Gewerbes besaß, wurde Bremen jedoch stärker von der Werftenkrise getroffen als die bundesdeutsche Wirtschaft insgesamt. Trug der Schiffbau in Bremen bis Mitte der 70er Jahre jeweils mehr als 10 % zur Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes bei, so waren es im Bundesdurchschnitt weniger als 1 %. Die – an sich nicht nur auf Bremen beschränkte – Werftenkrise trug also nicht unerheblich dazu bei, dass der industrielle Sektor ab Mitte der 70er Jahre wieder an Bedeutung für die Wirtschaft der Hansestadt verlor.

Noch stärker als der Schiffbau hat sich eine Sonderentwicklung im Nahrungs- und Genussmittelbereich¹¹, auch dies ein für Bremen typischer Industriesektor, auf den Stellenwert des Verarbeitenden Gewerbes in Bremen ausgewirkt. Mit fast der Hälfte der Wertschöpfung des gesamten Verarbeitenden Gewerbes stellte das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe noch 1981 den bei weitem größten Zweig dieses Wirtschaftssektors in Bremen dar und prägte somit

das industrielle Erscheinungsbild Bremens sehr viel mehr als es auf Bundesebene der Fall war. Bundesweit hatte der Nahrungs- und Genussmittelbereich mit einem Anteil von 12 % ein sehr viel geringeres Gewicht innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes. Um so härter traf es die bremische Wirtschaft, als das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe Anfang der 80er Jahre in einen bis dahin nicht gekannten Schrumpfungsprozess geriet. Mit einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von – 15 % verringerte das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe Bremens bis 1986 seine Wertschöpfung auf einen Stand, der weniger als die Hälfte des Wertes vor dieser Entwicklung ausmachte. Im Bundesdurchschnitt unterschritt die Wertschöpfung des Nahrungs- und Genussmittelsektors im betrachteten Zeitraum dagegen den Vorjahreswert jeweils nur leicht. Die Entwicklung in Bremen spiegelt also nicht eine allgemeine (konjunkturelle) Entwicklung wider. Es waren auch nicht alle Zweige des Nahrungs- und Genussmittelbereichs betroffen, vielmehr konzentrierte sich die Entwicklung auf den Genussmittelbereich im engeren Sinne. In diesem Bereich haben neben Umstrukturierungen großer, bundesweit tätiger Unternehmen vor allem auch von Bremen nicht beeinflussbare Steuerpräferenzen dazu geführt, dass Teile der einstmalig in Bremen angesiedelten Produktion in andere Bundesländer verlagert wurden.

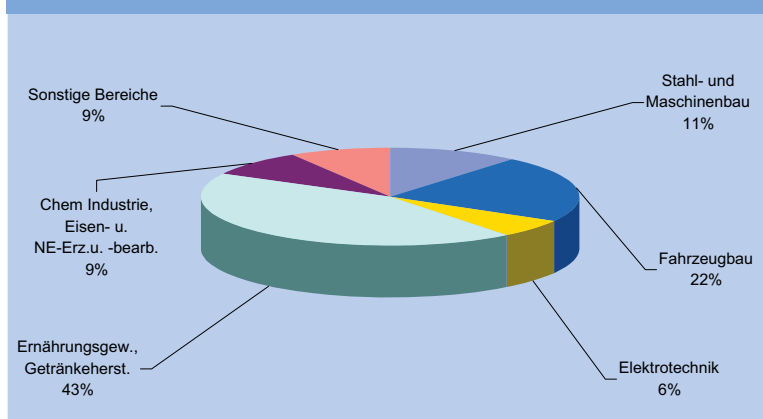
¹⁰ Zu den Auswirkungen der Schiffbaukrise auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Bremen vgl. Lange, Horst: Entwicklungsphasen der bremischen Wirtschaft. In: Statistische Monatsberichte Bremen, hrsg. vom Statistischen Landesamt Bremen, Heft 12/1994.

¹¹ Vgl. Lange, Horst, a.a.O., S.344.

Ende der 80er Jahre: Handel und Verkehr ist wieder größter Wirtschaftssektor in Bremen; zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors

Für das Kräfteverhältnis zwischen Handel, Industrie und Dienstleistungsbereich haben die Vorgänge innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes zu einer deutlichen Verschiebung geführt. Wie Abb. 3a zeigt, hat sich der Anteil des Verarbeiten-

Abb. 2
Wertschöpfungsanteile der wichtigsten Industriezweige im Lande Bremen 1973

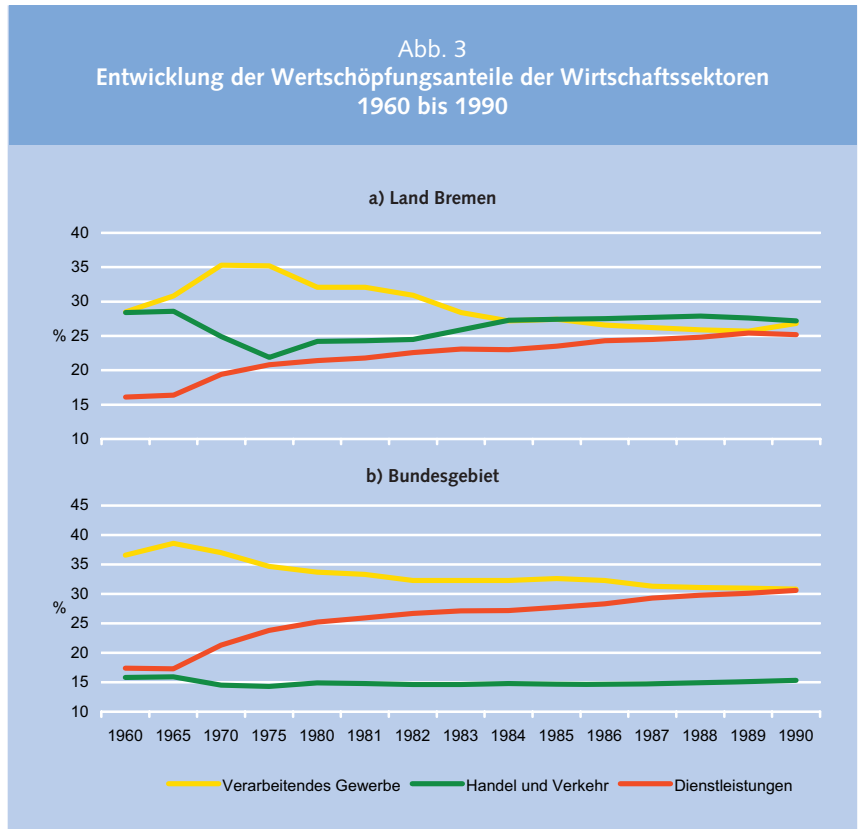


den Gewerbes an der Bruttowertschöpfungssumme in Bremen nach dem Höhepunkt im Jahre 1973 mit 36,7 % kontinuierlich verringert und sich bis Ende der 80er Jahre auf Werte um 26 % eingependelt. Der bremische Handelssektor hat seinen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Leistung dagegen nach einem vorübergehenden Rückgang auf 21,9 % (1975) wieder steigern können und erreichte Ende der 80er Jahre wieder Anteilswerte von über 27 %. Das Verarbeitende Gewerbe hat also seinen zunächst errungenen 1. Platz unter den bremischen Wirtschaftssektoren wieder an den Handels- und Verkehrssektor zurückgeben müssen. Der noch bis weit in die 70er Jahre zu beobachtende Trend von der Handelsstadt zum Industriestandort hat also in Bremen seine Umkehrung erfahren.

Nach wie vor nimmt bis gegen Ende der 80er Jahre der Dienstleistungsbereich den dritten Platz unter den bremischen Wirtschaftssektoren ein. Immerhin konnte dieser Wirtschaftsbereich seinen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung der Hansestadt von ehemals 16,1 % (1960) über 19,4 % (1970) auf 25,2 % im Jahre 1990 kontinuierlich steigern, so dass Handel, Industrie und Dienstleistungen fast gleich große Säulen der Bremer Wirtschaft darstellten.

Auf Bundesebene zeigt sich die Wirtschaftsstruktur dagegen spürbar anders. So spielt der Handelssektor in den 60er, 70er und auch 80er Jahren mit einem annähernd gleichbleibendem Anteil von etwa 15 % der Wertschöpfungssumme nur eine untergeordnete Rolle. Ähnlich wie in Bremen hat sich der Beitrag des Industriesektors im Laufe der Jahre verringert, verfügt aber auch 1990 noch mit einem Anteil von 30,8 % über ein größeres Gewicht als in Bremen. Bemerkenswert ist aber vor allem, dass sich der Dienstleistungssektor auf Bundesebene bis 1990 auf einen Anteil von 30,6 % hat steigern können und somit den Stellenwert des Verarbeitenden Gewerbes erreicht hat. Der Weg zur Dienstleistungsgesellschaft ist also damals auf Bundesebene deutlicher beschritten worden als in Bremen.

Abb. 3
Entwicklung der Wertschöpfungsanteile der Wirtschaftssektoren
1960 bis 1990



4. Die 90er Jahre und die Entwicklung bis 2003

Dienstleistungssektor statistisch besser darstellbar

Bei der Beschreibung des Weges, den die bremische Wirtschaft in Richtung Dienstleistungsstandort zurückgelegt hat, muss 1990/91 nochmals eine Zäsur vorgenommen werden. Nach dem Beitritt der neuen Bundesländer haben sich auch für Bremen die Bestimmungsfaktoren für das ökonomische Geschehen gewandelt, so dass die bremische Wirtschaft zum Teil in einen anderen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang eingebunden war als noch in den 80er Jahren. Hinzu kommt eine grundlegende Methodenänderung in den hier herangezogenen Datenquellen, die in erster Linie die Abgrenzung der einzelnen Wirtschaftssektoren betrifft. Nach Inkrafttreten einer neuen, EU-weit gültigen Systematik der Wirtschaftszweige wird insbesondere der Dienstleistungssektor anders abgegrenzt als bisher. Hiervon betroffen sind u.a. die vom Staat getragenen Dienstleistungsbereiche wie Schulen, Hochschulen und Krankenhäuser, die jetzt nicht mehr ihrer Trägerschaft entsprechend dem Staatssektor zugerechnet werden, sondern gemeinsam mit den jeweiligen Institutionen in privater Trägerschaft nach ihrer Funktion. Die Folge hiervon ist zwar einerseits, dass der Dienstleistungssektor jetzt anders abgegrenzt ist als zuvor und somit ein langfristiger Zeitvergleich erschwert wird. Anderer-



seits gestattet die neue Definition aber auch einen genaueren und zeitgemäßen Blick auf die aus heutiger Sicht bedeutenden Dienstleistungspositionen.

Die im Folgenden betrachteten Wirtschaftsbereiche sind also anders zueinander abgegrenzt als nach bisheriger Definition. Das betrifft vor allem den Dienstleistungssektor, dessen Anteilswerte an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung allein deshalb höher ausgewiesen werden als vorher, weil jetzt Positionen in staatlicher Trägerschaft dazu gerechnet werden. Hinzu kommt eine geänderte Bewertung der Wertschöpfung, nämlich zu Herstellungspreisen anstatt zu Marktpreisen.¹² Infolge unterschiedlicher Belastung der Wirtschaftsbereiche mit Gütersteuern (u.a. Verbrauchsteuern) kann das Größenverhältnis der Wirtschaftsbereiche zueinander durchaus etwas anders ausfallen, je nachdem die Bewertung zu Herstellungspreisen oder zu Marktpreisen vorgenommen wird.

Unterscheidung zwischen ortsnahen und überregionalen Dienstleistungen erforderlich

Zu Beginn der 90er Jahre ergibt sich für die bremische Wirtschaft wieder annähernd das bekannte Bild: Industriesektor und Handels- und Verkehrssektor stellen mit jeweils einem Viertel der gesamtwirtschaftlichen Leistung zwei gleich große Säulen der Wirtschaft dar. Deutlich gewichtiger als nach bisheriger Betrachtung zeigt sich dagegen der neu abgegrenzte Dienstleistungssektor, dessen Wertschöpfungsanteil 1991 bereits 38,3 % betrug. Allein 10 % der Wertschöpfung entfielen hierbei allerdings auf die Dienstleistungspositionen „Erziehung und Unterricht“ (darunter staatliche Schulen und Hochschulen) sowie „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ (darunter Krankenhäuser), also zu großen Teilen Institutionen in staatlicher Trägerschaft bzw. unter staatlichem Einfluss. Die recht heterogene Zusammensetzung des Dienstleistungssektors macht es im Hinblick auf die Bewertung einer Region als Dienstleistungsstandort sinnvoll, eine Unterscheidung zu treffen zwischen Dienstleistungspositionen, deren Aufgabe in erster Linie in der Versorgung der ortsansässigen Bevölkerung besteht und solchen, die überregionale Ausstrahlung besitzen. Für die Beurteilung der bremischen Wirtschaft als Dienstleistungsstandort ist es weniger relevant, wie gut die Versorgung mit Schulen ist; die hier gemessenen Werte werden auch in anderen Regionen nicht wesentlich anders ausfallen. Gleichwohl kann der Bereich „Erziehung und Unterricht“ nicht ganz außer acht gelassen werden, da die hierzu zählenden Hochschulen im Wissenschaftsbereich und im Lehrangebot für auswärtige Studenten durchaus überregionale Ausstrahlung besitzen. Ähnliches gilt für den Gesundheitssektor. Für die Charakterisierung einer Region als Dienstleistungsstandort ist es jedoch von größerer Bedeutung, in welchem

Umfang entsprechende Leistungen auch überregional angeboten werden. Hierfür kommen die Dienstleistungspositionen „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ sowie „Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister“ infrage (im folgenden unter den Begriffen Finanzbereich bzw. Unternehmensdienstleister zusammengefasst), zu dem Tätigkeiten wie Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Architektur- und Ingenieurbüros, technische, physikalische und chemische Untersuchung, Werbung sowie die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften zählen. Auch hier werden zwar Leistungen für die örtliche Nachfrage angeboten, schwerpunktmäßig sind Finanzbereich und Unternehmensdienstleister jedoch überregional ausgerichtet.

Bremen wird mehr und mehr zum Dienstleistungsstandort

Bereits 1991 trugen Finanzbereich und Unternehmensdienstleister zusammen 22,7 % zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung Bremens bei, stellten also – wie der Dienstleistungssektor alter Abgrenzung – neben Industrie sowie Handel und Verkehr die etwa gleich starke dritte große Säule der bremischen Wirtschaft dar (vgl. Tabelle 2). Im darauffolgenden Zeitraum bis 2003 durchliefen Finanzbereich und Unternehmensdienstleister dann eine beachtliche Entwicklung. Während die Wertschöpfung der bremischen Wirtschaft insgesamt zwischen 1991 und 2003 um (preisbereinigt) 11 % wuchs, erhöhte sich der Beitrag des Finanzbereichs um 26 % und die Wertschöpfung der Unternehmensdienstleister sogar um 45 %. Auch der Handels- und Verkehrssektor konnte noch einmal zulegen (+ 23 %), während das Verarbeitende Gewerbe deutliche Einbußen erlitt (- 8 %).

Damit zeigte sich die bremische Wirtschaft im Jahre 2003 eindeutig als dienstleistungsorientierter Standort. Allein Finanzbereich und Unternehmensdienstleister stellten zusammen 28,9 % der Wertschöpfungssumme der Hansestadt und damit deutlich mehr als der Handel und Verkehr (24,7 %). Spürbar abgefallen auf den dritten Platz unter den bremischen Wirtschaftssektoren war das Verarbeitende Gewerbe mit jetzt 20,3 % der Wertschöpfungssumme. Finanzbereich und Unternehmensdienstleister haben sich somit zum größten Wirtschaftssektor Bremens entwickelt. Bezieht man auch die eher regional orientierten Dienstleistungspositionen in die Betrachtung ein, dann wird die heutige Bedeutung der Dienstleistungsbranche für die Wirtschaft Bremens noch deutlicher. Zwar musste für den Bereich „Erziehung und Unterricht“ zwischen 1991 und 2003 ein Rückgang der Wertschöpfung gemessen werden (-11 %), umso stürmischer entwickelte sich dafür aber der Bereich „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“

¹² Der Unterschied besteht in den Gütersteuern, die in den Marktpreisen enthalten sind und nicht in den Herstellungspreisen, sowie in den Gütersubventionen, bei denen es umgekehrt ist. Das Bruttoinlandsprodukt wird weiterhin zu Marktpreisen ausgewiesen.



Tab.2
Bruttowertschöpfung im Lande Bremen 1991 und 2003 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Bereich	Mill. Euro		Anteil an der BWS insgesamt in %		Veränderung 2003 gegenüber 1991 in %
	1991	2003	1991	2003	
Bruttowertschöpfung* (BWS) insgesamt	18 698	20 681	100	100	11
darunter					
Verarbeitendes Gewerbe	4 576	4 193	24,5	20,3	-8
Handel und Verkehr	4 149	5 117	22,2	24,7	23
Dienstleistungen	7 155	9 183	38,3	44,4	28
darunter					
Gastgewerbe	180	127	1,0	0,6	-29
Kredit- und Versicherungsgewerbe	877	1 103	4,7	5,3	26
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	3 360	4 872	18,0	23,6	45
davon					
Grundstücks- und Wohnungswesen	1 588	2 210	8,5	10,7	39
Vermietung beweglicher Sachen	208	327	1,1	1,6	57
Datenverarbeitung und Datenbanken	123	424	0,7	2,1	246
Forschung und Entwicklung	27	69	0,1	0,3	157
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	1 415	1 842	7,6	8,9	30
Erziehung und Unterricht	865	772	4,6	3,7	-11
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1 000	1 427	5,4	6,9	43

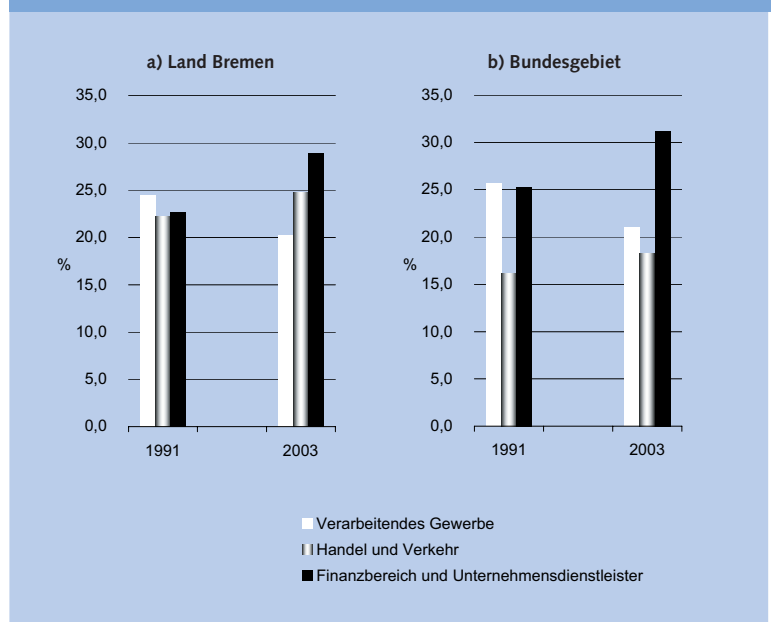
* In Preisen von 1995.

(+ 43 %). Die Summe aller Dienstleistungspositionen erreichte damit 2003 einen Anteil von 44,4 % an der Wertschöpfungssumme Bremens. Fast jeder zweite in Bremen erwirtschaftete Euro entfiel also auf eine Dienstleistungstätigkeit, mehr als doppelt so viel wie im Verarbeitenden Gewerbe und auch mehr als im Handel und Verkehr. Abb.4a zeigt die aktuelle Wirtschaftsstruktur Bremens.

Die Betrachtung der Situation in Bremen reicht allein nicht aus um beurteilen zu können, ob die hier erreichte Stärke des Dienstleistungssektors außergewöhnlich ist oder nicht. Daher soll noch ein Blick auf entsprechende Bundesentwicklungen geworfen werden. Tatsächlich hat sich auch auf Bundesebene eine ähnlich stürmische Entwicklung für den Dienstleistungssektor ergeben wie in Bremen. Zwischen 1991 und 2003 hat der Dienstleistungssektor insgesamt im Bundesgebiet seine Wertschöpfung um 38 % erhöhen können und damit noch etwas stärker als in Bremen. Vor allem der Finanzbereich hat kräftiger zugelegt (+ 46 %), aber auch der Bereich der Unternehmensdienstleister (+ 49 %). Zusammen erreichen diese ihrem Schwerpunkt nach überregional ausgerichteten Dienstleistungspositionen 2003 einen Anteil von 31,2 % an der Wertschöpfungssumme im Bundesgebiet, gegenüber 21 % für das Verarbeitende

Gewerbe und 18,3 % für den Handel und Verkehr. Einschließlich der übrigen Positionen verfügt der Dienstleistungsbereich auf Bundesebene mit 46,9 % der Wertschöpfungssumme noch über ein stärkeres Gewicht innerhalb der Gesamtwirtschaft als in Bremen. Obwohl sich der Dienstleistungssektor in der Hansestadt immer mehr zum führenden Wirtschaftssektor entwickelt hat, hat sein Gewicht gegenüber anderen Sektoren also noch nicht ganz den Stellenwert erreicht, der sich auf Bundesebene ergibt.

Abb. 4
Wertschöpfungsanteile der Wirtschaftssektoren 1991 und 2003





Ein vergleichender Blick auf Hamburg

Zahlreiche Dienstleistungsbereiche sind eher in städtischen Ballungszentren zu finden als im ländlichen Raum. Hierzu zählen vor allem Unternehmen des Kredit- und Versicherungsgewerbes sowie unternehmensbezogene Dienstleistungen wie Rechts- und Wirtschaftsberatung, Werbung u.ä.. Zur Beurteilung des Stellenwertes, den der Dienstleistungssektor in Bremen einnimmt, reicht ein Vergleich mit bundesdurchschnittlichen Werten daher noch nicht aus. Vielmehr muss auch ein Blick auf die Situation in anderen Großstädten geworfen werden. Stellvertretend hierfür soll Hamburg herangezogen werden, dessen Wirtschaft sich durch die Bedeutung von handels- und hafengebundenen Tätigkeiten gut mit derjenigen Bremens vergleichen lässt.

Ähnlich wie in Bremen ist auch in Hamburg der Handels- und Verkehrssektor von besonderer Bedeutung. Mit einem Anteil von 27,1 % an der Wertschöpfungssumme kommt dem Handels- und Verkehrssektor in Hamburg im Jahre 2003 sogar noch ein etwas größeres Gewicht zu als in Bremen (24,7 %); dagegen ist das Verarbeitende Gewerbe mit nur 14,4 % der Wertschöpfungssumme in Hamburg deutlich unterrepräsentiert und erreicht weder den bremischen (20,3 %) noch den Bundeswert (21 %). Besonders auffallend beim Vergleich der beiden Hansestädte ist aber der Dienstleistungssektor, der in Hamburg mit 50,5 % (2003) der Wertschöpfungssumme einen erheblich größeren Stellenwert innerhalb der Gesamtwirtschaft erreicht hat als in Bremen. Vor allem das Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie die unternehmensbezogenen Dienstleistungen tragen in Hamburg mit 36,5 % erheblich mehr zur gesamtwirtschaftlichen Leistung bei als in Bremen. Hier dürfte sich ausgewirkt haben, dass die Hamburger Wirtschaft stärker durch Hauptsitze bundesweit oder international tätiger Unternehmen geprägt ist als Bremen, dessen Wirtschaft mehr von – durchaus bedeutenden – Zweigbetrieben auswärtiger Unternehmen dominiert wird.¹³ Unternehmensbezogene Dienstleistungen wie Rechts-, Wirtschafts- und Unternehmensberatung wie auch Werbung sind eher am Ort der unternehmerischen Entscheidung zu finden, weniger am Ort der Zweigniederlassung.

So gut sich der Dienstleistungssektor in Bremen auch entwickelt und an die Spitze aller bremischen Wirtschaftssektoren gesetzt hat: der Stellenwert im Bundesdurchschnitt und erst recht in Hamburg ist (noch) nicht erreicht. Vor allem durch das noch immer relativ hohe und insbesondere im Vergleich zur Hamburger Situation überdurchschnittliche Gewicht des Industriesektors ist für Bremen auf dem Wege von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft noch ein gutes Stück zurückzulegen.

5. Fazit

Die bremische Wirtschaft ist nach wie vor in hohem Maße durch den Handels- und Verkehrssektor geprägt, der in der Hansestadt ein erheblich größeres Gewicht innerhalb der Gesamtwirtschaft besitzt als im Bundesdurchschnitt. Den Status einer „Handelsstadt“ hat Bremen also nicht verloren. Gleichwohl hat sich in den 50er und 60er Jahren auch ein starker Industriesektor entwickelt, der den Handelssektor bis Anfang der 70er Jahre zeitweise vom 1. Platz unter den Bremer Wirtschaftssektoren verdrängt hat. Daneben hat sich im Laufe der Jahre auch ein immer kräftiger werdender Dienstleistungssektor etabliert, der sich bis Anfang der 90er Jahre neben dem Handel und Verkehr sowie dem industriellen Bereich zu einer dritten, fast gleich großen Säule der bremischen Wirtschaft entwickelt hat. In jüngster Zeit ist der Dienstleistungssektor eindeutig zum größten Wirtschaftsbereich Bremens geworden, wobei in erster Linie der Industriebereich an Gewicht verloren hat. Allerdings hat der Dienstleistungssektor in Bremen noch nicht den Stellenwert erreicht, über den er auf Bundesebene und vor allem in anderen großstädtischen Zentren (hier: Hamburg) inzwischen verfügt. Insbesondere für den Finanzbereich und die unternehmensbezogenen Dienstleistungen besteht in Bremen noch Nachholbedarf.

¹³ Vgl. Schlichting, Karl: Öffentliche und private Dienstleistungen in den Hansestädten Bremen und Hamburg. In: Statistische Monatsberichte Bremen, hrsg. vom Statistischen Landesamt Bremen, Heft 6/1990, S. 117.



Tschechisch-deutsches Twinning-Projekt „Statistik für Erneuerbare Energien“

Seit Januar 2004 arbeiten deutsche und tschechische Experten an der Umsetzung des Twinning-Projektes CZ03/IB/EY/01 zur Verbesserung der Statistiken für Erneuerbare Energien im Zusammenhang mit den EU-Direktiven zur Erhöhung der Energieeffizienz und deren Umsetzung in der Tschechischen Republik.

Übergeordnetes Ziel des Projektes ist die Erhöhung der Qualität der Statistik der erneuerbaren Energien, d.h. bei der Datenerhebung, der Datenverarbeitung und Auswertung. Weiterhin sollen mit dem Projekt die Erfahrungen der Mitgliedsländer der EU im Bereich der Statistik der Erneuerbaren Energien für die Tschechische Republik nutzbar gemacht werden.

Ein Langzeitexperte aus Deutschland, der die Projektaktivitäten vor Ort in Prag über einen Zeitraum von 12 Monaten koordiniert, sowie Kurzzeitexperten aus drei Statistischen Landesämtern (Bremen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt) und des Pestel-Instituts in Hannover kooperieren mit den tschechischen Kollegen des Ministeriums für Industrie und Handel (MoIT), des Tschechischen Statistischen Amtes (CzSO) und der Tschechischen Energieagentur (CEA). Die Projektleitung auf deutscher Seite wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) dem Statistischen Landesamt Bremen übertragen, das Projektmanagement wird von der Beratungs- und Service-Gesellschaft Umwelt mbH (B.&S.U.) in Berlin betreut.

Einige Ergebnisse des Projektes, die bisher erreicht wurden, können hier erwähnt werden:

- Erfahrungen der EU-Mitgliedsstaaten – In einer Studie, die auf einer entsprechenden Umfrage bei den alten Mitgliedsländern basiert, wurde der derzeitige Stand der Statistik der Erneuerbaren Energien beschrieben und die Erfahrungen der EU-15 zusammengefasst dargestellt. Dabei zeigte sich ein differenziertes Bild sowohl hinsichtlich der Organisationsformen als auch der Anwendung von Definitionen und statistischen Methoden zur Erhebung Erneuerbarer Energien.
- Situation in Tschechien – Der gegenwärtige Stand der Statistik der Erneuerbaren Energien in Tschechien wurde analysiert und bewertet.
- Aktivitätsplan Methodik und Training – Aufbauend auf den Studien wurde gemeinsam mit den tschechischen Kollegen ein detaillierter Plan für die Trainingsaktivitäten sowie für die Entwicklung der statistischen Methoden konzipiert und umgesetzt. Eine Reihe von

Workshops unter Beteiligung von Experten aus dem Statistischen Bundesamt, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, dem schwedischen Statistischen Amt, der Universität Klagenfurt (Österreich), der Internationalen Energieagentur IEA sowie eine Studienreise zum finnischen Statistischen Amt vermittelten „leading practice“. Während einer Studienreise nach Deutschland besuchten die tschechischen Kollegen das BMWA und nahmen an der Frühjahrstagung des Länderarbeitskreises Energiebilanzen teil.

- Strategie zur Optimierung – Eine Strategie, wie das tschechische System der Statistik der Erneuerbaren Energien angepasst und optimiert werden kann, wurde entwickelt und wird gegenwärtig umgesetzt. Beispielsweise wurden praktische Verbesserungen der Erhebungsbogen im Bereich Biomasse vorgenommen. Die Abstimmung der beteiligten Akteure wird verbessert.
- Jahresstatistik – Die detaillierte Projektarbeit befähigte die tschechischen Kollegen, eine Jahresstatistik für das Jahr 2003 für die erneuerbaren Energien zu erstellen. Sie schätzen ein, dass somit erstmalig belastbare Daten zur Statistik der Erneuerbaren Energien für die Tschechische Republik zur Verfügung stehen.

Das Twinning-Projekt ermöglicht den tschechischen Kollegen einen tiefen Einblick und eine vergleichende Analyse der Statistik der Erneuerbaren Energien in den früheren 15 EU Mitgliedsländern. Die tschechischen Kollegen gaben die Erkenntnisse zu den zum Teil nicht einheitlichen Definitionen an die IEA weiter und brachten sie bei deren Tagung im November 2004 in Paris vor.

Bemerkenswert ist weiterhin, dass aus dem Projekt heraus ein Vorschlag zur Erweiterung des TARIC-Codes (Integrierter Tarif der Europäischen Gemeinschaft) entwickelt wurde, um den Außenhandel von Biotreibstoffen statistisch korrekt zu erfassen. Der Vorschlag, dessen Umsetzung Voraussetzung für eine vollständige Erfassung der Biotreibstoffe in den Mitgliedsländern ist, wurde an die zuständigen Gremien weiter geleitet.

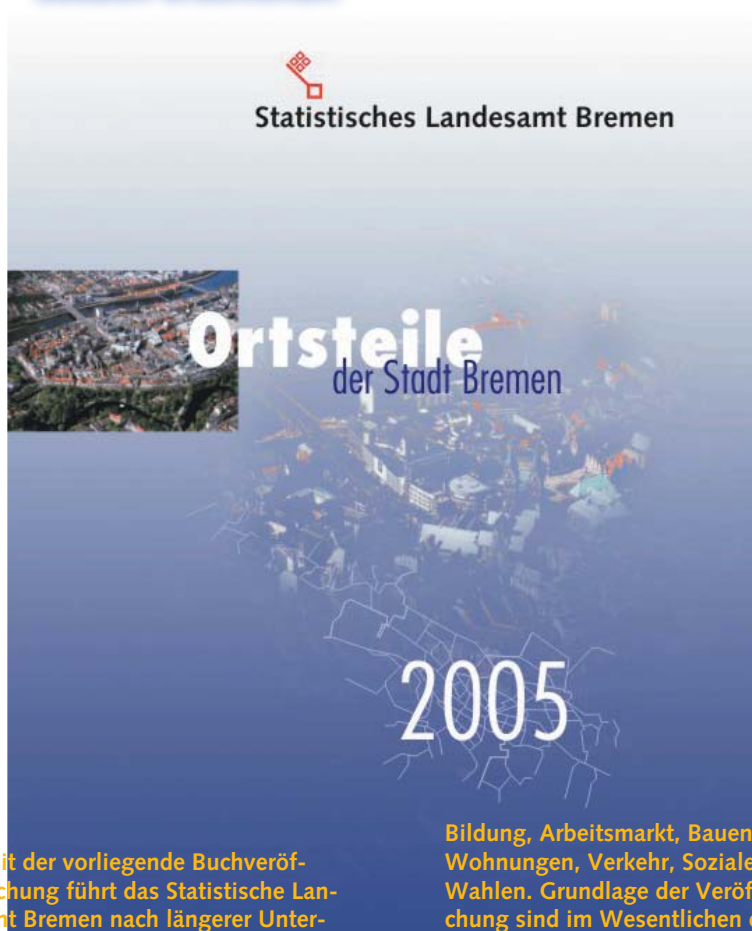
Durch diese und andere Aktivitäten – z.B. im Bereich der Definition der biologisch abbaubaren Abfallfraktionen, der Solarthermie, der Geothermie und der Wärmepumpen – hat das Projekt über die im Projekt-Covenant formulierte Zielsetzung hinaus dazu beigetragen, in den Mitgliedsländern der EU sowie bei den europäischen und internationalen Einrichtungen die Bestrebungen nach einheitlichen Definitionen und Methoden zu befördern.

* der vorliegende Beitrag wurde dem Newsletter „Statistik ohne Grenzen - Statistik-Kooperation mit Reformstaaten und Entwicklungsländern“ des Statistischen Bundesamtes, 2/2004, entnommen.

Für das deutsche Projektteam erbrachte das Projekt einen tiefen Einblick in die statistische Praxis in der Tschechischen Republik sowie in einer Reihe von anderen Mitgliedsstaaten. Die hier gewonnen Erkenntnisse werden sicherlich auch ihren Niederschlag in den Bemühungen zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Statistiken der Erneuerbaren Energien in Deutschland finden.

Die Ergebnisse des Projektes wurden im Rahmen der Abschlussaktivitäten vom 19. bis 21. Januar 2005 in Prag dem Ministerium für Industrie und Handel sowie ausgewählten tschechischen Unternehmen und kooperierenden Organisationen und Verbänden präsentiert.

soeben erschienen



Mit der vorliegende Buchveröffentlichung führt das Statistische Landesamt Bremen nach längerer Unterbrechung seine Berichterstattung über wichtige statistische Kennziffern bis auf Ortsteilebene fort. Es ist beabsichtigt, diese Publikation zukünftig jährlich herauszugeben.

Das Hauptziel dieser aus **70 Tabellen und 22 Karten** bestehenden Publikation liegt in der **vergleichenden Darstellung der gegenwärtigen Verhältnisse** in den Ortsteilen, Stadtteilen und Stadtbezirken. Die Themen umfassen Flächennutzung, demografische und kirchliche Verhältnisse,

Bildung, Arbeitsmarkt, Bauen und Wohnungen, Verkehr, Soziales und Wahlen. Grundlage der Veröffentlichung sind im Wesentlichen die in der Datenbank „Bremen kleinräumig 2005“ gespeicherten Informationen, welche als CD erhältlich sind.

Das Buch „Die Ortsteile der Stadt Bremen 2005“ **ist zum Preis von 20,- € erhältlich.**

Strukturwandel und Beschäftigungsentwicklung des Landes Bremen 1994 bis 2004

Einleitung

Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes Bremen ist eng mit dem Strukturwandel der bremischen Wirtschaft verknüpft. Dieser ist gekennzeichnet durch zwei Pole: erstens Arbeitsplatzverluste in einigen von Strukturkrisen betroffenen Bereichen der bremischen Industrie sowie bei den traditionellen Dienstleistungen und zweitens Arbeitsplatzzuwächse im Handel, dem Gastgewerbe und bei den unternehmensnahen Dienstleistungen. Dieser sektorale Strukturwandel ist begleitet von einem Wandel der Erwerbsformen sowie eine durch Produktivitätseffekte ausgelöste Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Wirtschaft.

Die aktive Wirtschaftsstrukturpolitik Bremens wurde bereits in den 80er Jahren mit dem Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramm (WAP) eingeleitet. Ausgangspunkt waren die erheblichen Schrumpfungsprozesse der bremischen Wirtschaft in den 80er Jahren, die sich vor allem im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe durch Produktionsverlagerungen in andere Bundesländer sowie im Schiffbau vollzogen haben, wobei sich die auch andernorts spürbare Werftenkrise wegen der bis dahin starken Stellung dieser Branche in Bremen in besonderer Weise ausgewirkt hat.

Zu Beginn der 90er Jahre erfuhr die Wirtschaftsstrukturpolitik eine Aufwertung sowohl hinsichtlich der eingesetzten Mittel als auch der weiteren Differenzierung ihrer Instrumente und Programme. Seitdem steht ein breites Spektrum an Förderprogrammen und Maßnahmen zur Verfügung, das auf eine durchgreifende Modernisierung der bremischen Wirtschaftsstruktur ausgerichtet ist. Dabei zielt die Wirtschaftsstrukturpolitik des Landes zuvorderst auf die Schaffung günstiger regionaler Standortbedingungen, um Investitionen der privaten Wirtschaft auf den Standort Bremen zu lenken und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen und vorhandene zu sichern.

Im Zeitraum 1994 bis 2004 konnte mit dem Investitions Sonderprogramm (ISP) die Wirtschaftsstrukturpolitik des Landes noch einmal deutlich gestärkt und um zentrale Infrastrukturprojekte ergänzt werden.²

Die Wirkungen dieser Maßnahmen stehen im Zentrum der aktuellen Debatte über den Erfolg der Wirtschaftsstrukturpolitik des Landes Bremen.³ Im Folgenden sollen die wirtschaftsstrukturellen Veränderungen und die Beschäftigungsentwicklung im Programmzeitraum des ISP näher beleuchtet werden. Dabei wird auf drei Aspekte näher eingegangen, die in der Diskussion über das ISP be-

rücksichtigt werden müssen: erstens die Bedeutung langfristiger Wirkungsketten bei der Bewertung regionaler Strukturpolitik, zweitens der fortgesetzte Wandel der Erwerbsstrukturen, der gerade in großstädtischen Regionen stärker zum Ausdruck kommt als in der Fläche und drittens die Produktivitätseffekte der Wirtschaftsstrukturpolitik, die zwar zu einer verbesserten Performance der bremischen Wirtschaft im internationalen Standortwettbewerb geführt haben, dies aber – zunächst – zu Lasten der mit der Wirtschaftsstrukturpolitik Bremens verbundenen Beschäftigungsziele ging.

Im Entwicklungsverlauf der Jahre 1994 bis 2004 zeigt sich bei dieser Analyse, dass der Zeitpunkt der Umkehr des Trends stetiger Beschäftigungsverluste in etwa dem Jahr 1999 zugeordnet werden kann.

1. Langfristige Wirkungsketten regionaler Strukturpolitik

Die Entwicklung regionaler Ökonomien ist nicht losgelöst von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Weltmarktprozessen und – bezogen auf die bremischen Großunternehmen – konzerninternen Standortwettbewerben zu betrachten. Hinzu kommen mit der voranschreitenden Tertiarisierung der Wirtschaft Sektorverschiebungen von der Industrie hin zu Dienstleistungsbereichen, die technologische Entwicklung mit tief greifenden Veränderungen aller gesellschaftlichen Bereiche und mittelfristig die Folgen der demographischen Entwicklung, denen sich regionale Ökonomien ausgesetzt sehen. Dies führt zu einem beschleunigten Strukturwandel.

Eine auf die Modernisierung der regionalen Wirtschaftsstruktur ausgerichtete Politik kann angesichts dieser Megatrends nur langfristig ausgerichtet sein und auch nur langfristig wirken. Daher kann die Laufzeit eines strukturpolitischen Programms auch nicht mit dessen Wirkungszeitraum gleichgesetzt werden. Die Wirkungen strukturpolitischer Maßnahmen setzen mit mehrjähriger Verzögerung nach Maßnahmenbeginn ein und reichen weit über das Maßnahmenende hinaus. Dies gilt auch für das Investitions Sonderprogramm des Landes Bremen. Die Prognos AG kommt in ihrem Evaluierungsgutachten zur Wirkungsanalyse des ISP⁴ zu dem Ergebnis, dass die max. Beschäftigungseffekte z.T. erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung im Jahr 2016 eintreten werden.

Insofern kann als relevanter Betrachtungszeitraum für die Bewertung der Wirkungen des ISP nur ein Zeitraum unter Berücksichtigung eines Wirkungshorizontes von mehreren Jahren nach

¹ Jörg Peters ist Referent für wirtschaftspolitische Grundsatzfragen beim Senator für Wirtschaft und Häfen.

² Das ISP war die investive Säule des bremischen Sanierungsprogramms zur Behebung der Haushaltsnotlage des Landes Bremen, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 27. Mai 1992 festgestellt hat. In der Folge gewährte der Bund Sonder- Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von 8,5 Mrd. Euro, die unmittelbar zur Schuldentilgung verwendet wurden. Die in den Jahren 1994 bis 1998 aus der Schuldentilgung resultierten Zinseinsparungen und zusätzliche Mittel des Landes wurden für wirtschafts- und finanzkraftstärkende Investitionen des Landes eingesetzt und im Rahmen des Investitions Sonderprogramms 1994 bis 2004 mit einem Mittelvolumen in Höhe von 2.255,8 Mio. Euro verausgabt (Vgl. hierzu: Der Senator für Finanzen, 2005: Sanierung der bremischen Haushalte, Jahresbericht 2004).

³ Kröger, Hans Jürgen, 2005: Der große Bluff. Bremer Sanierungsprogramm 1994 bis 2004, erschienen in der Tageszeitung (taz) vom 02. Juli 2005; Trostlose Sanierungsbilanz, taz vom 28. April 2005; Wesentliche Ziele nicht erreicht, Bremer Arbeitnehmer Magazin, August 2005.

⁴ Prognos AG: Wirkungsanalyse des Investitions Sonderprogramms (ISP) des Landes Bremen, Juli 2002. Gemeinsam mit Bremer Wissenschaftlern und der BAW Institut für regionale Wirtschaftsforschung GmbH wurden im Rahmen dieser Analyse die Wirkungen des ISP evaluiert. Die Effekte des ISP wurden mit Hilfe des Simulationsmodells „brE-COMod“ abgeschätzt und in die Gesamtbewertung aufgenommen.



Beendigung der Maßnahmen angesetzt werden. Daher kann die aktuelle Bewertung der Wirkungen des ISP auch nur ein Zwischenresultat sein, das in den nächsten Jahren fortzuschreiben ist.

In diese Bewertung sollte der beschleunigte Wandel der Erwerbsstrukturen einbezogen werden, um ein vollständiges Bild der Beschäftigungsentwicklung zu erhalten.

2. Wandel der Erwerbsstrukturen

Die Erwerbstätigkeit in Deutschland ist durch einen raschen Wandel gekennzeichnet, der einerseits in einem Bedeutungsverlust des traditionellen Normalarbeitsverhältnisses in Form einer abhängigen sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung und andererseits einem breiten Spektrum an sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigungen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zum Ausdruck kommt. Dieser Wandel beschleunigte sich in den letzten Jahren durch eine Reihe regulativer Veränderungen⁵ und entspricht der Zunahme individueller Arbeitszeitpräferenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese sind aber nicht allein ursächlich für den Wandel der Erwerbsstrukturen.

Mindestens drei Faktoren sind darüber hinaus zu nennen: erstens die institutionellen Bedingungen am Arbeitsmarkt, die durch hohe und steigende Abgaben eine Verteuerung des Faktors Arbeit bewirkt haben. Dies führt auf der Seite der Arbeitskräftenachfrage zu einer Substitution durch Beschäftigungsformen, die keine oder nur geringe Beiträge zur Sozialversicherungspflicht vorsehen. Hinzu kommt der hohe Regulierungsgrad des Normalarbeitsverhältnisses, der zu Ausweichreaktionen in weniger geschützte Arbeitsverhältnisse führt. Zweitens die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen, die zu einer verstärkten Nachfrage nach Beschäftigungsformen mit verkürzter Arbeitszeit führt. Und drittens der sektorale Strukturwandel der Wirtschaft, der Strukturverschiebungen auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes zur Folge hat, weil Vollzeitbeschäftigung insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe zurückgehen und neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich entstehen, in dem Beschäftigungsformen mit verkürzter Arbeitszeit ein besonders hohes Gewicht haben. Im Folgenden soll dieser Zusammenhang mit Blick auf die bremische Beschäftigungssituation im bundesdeutschen Vergleich näher beleuchtet werden.

Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung – Zunahme bei der Teilzeit

Bundesweit ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit 1994 um 6,2 % von 28,2 Mio. auf 26,5 Mio. gesunken. Bei den Männern gab es einen deutlicheren Rückgang um 8,4 %, bei den Frauen betrug der Rückgang 2,1 %. Im Land Bremen war der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung noch deutlicher: insgesamt ging die Beschäftigung um über 25.000 bzw. 8,6 % von 299.037 auf 273.434 zurück; bei den Männern betrug der Rückgang sogar 11,2 % und bei den Frauen 4,7 %.

Der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ging eindeutig zu Lasten der Vollzeitbeschäftigung. Diese nahm bundesweit

Art der Angabe	1994	2003	Veränderung 2003 gegenüber 1994	
			Anzahl	%
Land Bremen				
Vollzeitbeschäftigte	259.173	229.836	-29.337	-11,3
Teilzeitbeschäftigte	39.864	50.690	10.826	27,2
Deutschland				
Vollzeitbeschäftigte (in Mio.)	24,890	22,667	-2,223	-8,9
Teilzeitbeschäftigte (in Mio.)	3,348	4,288	0,940	28,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Bremen

zwischen 1994 und 2003 von 24,9 Mio. auf 22,7 Mio. um knapp 9 % ab, während die sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit im gleichen Zeitraum von 3,3 Mio. auf 4,3 Mio. um rund 28,0 % zugenommen hat. Im Land Bremen ging die Vollzeitbeschäftigung von 259.173 auf 229.836 sogar um 11,3 % zurück, während die Teilzeitbeschäftigung von 39.864 auf 50.690 fast gleichauf mit der Zuwachsrate des Bundes um 27,2 % gestiegen ist.

Die unterschiedliche Entwicklung der Voll- und Teilzeitarbeitsplätze deutet auf einen ursächlichen Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel hin. Während die Personalreduzierungen weit überwiegend männliche Arbeitnehmer betrafen mit Konzentration im Verarbeitenden Gewerbe, der Bauwirtschaft und dem Verkehrssektor, gab es Beschäftigungszuwächse speziell im tertiären Sektor, namentlich im Handel und im Gastgewerbe, von denen der Teilzeitbereich in besonderem Maße profitierte. Bei dieser Entwicklung handelt es sich zum einen um die arbeitsmarktliche Reaktion auf die sich aus dem Wandel zum tertiären Sektor ergebenden Erfordernisse nach einem häufig flexiblen, aber nicht vollen Zeiteinsatz der Arbeitnehmer. Darüber hinaus können sich dahinter auch Substitutionsprozesse verbergen, d.h. die Ersetzung regulärer sozialversicherungspflichtiger

Tab. 1
Sozialversicherungspflichtige Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte

⁵ Zu nennen sind hier insbesondere das Teilzeit- und Befristungsgesetz von 2001, das unter bestimmten Bedingungen den Anspruch auf einen Teilzeitarbeitsplatz sichert; das Altersteilzeitgesetz von 1996, das einen gleitenden Einstieg in den Ruhestand regelt und das novellierte Gesetz zum Erziehungsgeld und zur Elternzeit von 2001. Im Bereich der geringfügigen Beschäftigung wurden die Rahmenbedingungen im Jahre 1999 und schließlich im April 2003 mit dem Gesetz zu den Mini- und Midi-Jobs neu gefasst. Vgl. für einen Überblick: Wanger, Susanne (2004): Teilzeitarbeit. Ein Gesetz liegt im Trend, IAB-Kurzbericht Nr. 18.



Arbeitsplätze durch andere Formen der abhängigen Beschäftigung. Angesichts des bemerkenswerten Phänomens des stetigen Rückgangs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und der gleichzeitigen Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen seit Ende der 90er Jahre, liegt die Vermutung nahe, dass in der Beschäftigungsentwicklung Bremens auch solche Prozesse zum Ausdruck kommen.

Anstieg der geringfügigen Beschäftigung

Im Folgenden soll die sektorale Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung bezogen auf alle Erwerbstätigen untersucht werden. Hierzu liegen Angaben der Bundesagentur für Arbeit für den Zeitraum 1999 bis 2004 vor. Frühere Angaben liegen wegen der erst späteren systematischen Erfassung dieser Beschäftigungsformen nur als Schätzungen vor und sollen hier vernachlässigt werden. Es handelt sich dabei um alle ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte; alle im Nebenjob geringfügig entlohnte Beschäftigte werden hier nicht betrachtet.

Tab. 2
Ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte 1999 und 2004

Geringfügige Beschäftigung hat durch die Änderungen der gesetzlichen Regelungen der Jahre 1999 und 2003 deutlich zugenommen. Diese Beschäftigungsform ist gekennzeichnet durch eine

Verdienstgrenze von 400 Euro im Monat, eine fehlende Abgabepflicht für die Arbeitnehmer und eine reduzierte Abgabepflicht für die Arbeitgeber. Hinzu kommen die so genannten Midi-Jobs in einem Einkommensintervall zwischen 400 und 800 Euro, innerhalb dessen die prozentualen Sozialabgaben ansteigen.

In diesem Beschäftigungssegment sind in Bremen zwischen 1999 und 2004 11.995 neue Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Dies entspricht einer Zunahme von 33,2 %. Mengenmäßig haben der Handel, das Gastgewerbe, der Verkehrsbereich sowie die Unternehmensdienstleistungen und die privaten Dienstleister am stärksten profitiert.

Auffällig ist das Bild im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft: hier gab es eine Zunahme der geringfügigen Beschäftigung um 27,4 bzw. 26,9 % bei einem gleichzeitigen Rückgang der Gesamtbeschäftigung um 3,3 bzw. 16,0 %. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Verkehrsbereich sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe. Hier steht der Zunahme der geringfügigen Beschäftigung um 47,9 bzw. 24,8 % ein Rückgang der Gesamtbeschäftigung um 3,7 bzw. 4,8 % gegenüber.

Das gleiche Bild beim Handel: hier ist sowohl die Gesamtbeschäftigung (+1 %) als auch die geringfügige Beschäftigung (+15,6 %) gestiegen. Berücksichtigt man, dass die Zahl der Selbst-

ändigen in diesem Bereich annähernd konstant geblieben ist, könnte sich hier – wie in den zuvor genannten Bereichen – eine Ausweichreaktion der Arbeitgeber in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse andeuten. Etwas deutlicher ausgeprägt scheint dieser Zusammenhang im Gastgewerbe zu sein. Hier betrug der Anstieg der geringfügigen Beschäftigung 58,4 %, während die Gesamtbeschäftigung in diesem Bereich um 26,8 % anstieg. Hier kann neben einem vermuteten Substitutionseffekt davon ausgegangen werden, dass die zusätzliche Arbeitskräftenachfrage im Gastgewerbe in

WZ 93 Code	Wirtschaftszweig	1999	2004	Veränderung 2004 gegenüber 1999	
Land Bremen					
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	172	244	72	41,9
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe	3.912	4.948	1.036	26,5
D	dar. Verarbeitendes Gewerbe	2.840	3.619	779	27,4
F	Baugewerbe	1.047	1.329	282	26,9
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	8.830	10.211	1.381	15,6
H	Gastgewerbe	3.396	5.311	1.915	56,4
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3.358	4.968	1.610	47,9
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	322	402	80	24,8
K	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	9.115	11.502	2.387	26,2
L - P	Öffentliche und private Dienstleister	6.958	10.465	3.507	50,4
L	dar. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	137	321	184	134,3
	alle nicht Zugeordneten	54	45	-9	-16,7
	Zusammen	36.117	48.112	11.995	33,2
Deutschland					
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	60.104	87.439	27.335	45,5
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe	653.972	790.837	136.865	20,9
D	dar. Verarbeitendes Gewerbe	508.293	585.268	76.975	15,1
F	Baugewerbe	138.126	196.356	58.230	42,2
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	869.869	1.061.453	191.584	22,0
H	Gastgewerbe	298.733	456.388	157.655	52,8
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	179.261	284.703	105.442	58,8
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	51.540	54.539	2.999	5,8
K	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	721.623	964.274	242.651	33,6
L - P	Öffentliche und private Dienstleister	806.193	1.099.288	293.095	36,4
L	dar. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	78.007	80.967	2.960	3,8
	alle nicht Zugeordneten	16.917	3.945	-12.972	-76,7
	Zusammen	3.658.212	4.802.866	1.144.654	31,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit



großem Umfang durch das Segment der geringfügigen Beschäftigung befriedigt worden ist.

Bei den Unternehmensdienstleistungen verzeichnen die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse einen Anstieg um 26,2 %, insgesamt bei allen Beschäftigten 27,3 %. Absolut gab es 2.387 mehr geringfügig Beschäftigte bei einem gesamten Arbeitsplatzzuwachs von 11.828. In diesen Zahlen ist ein zentraler Befund für die qualitative Bewertung des bremischen Strukturwandels zu sehen: demnach ist es gelungen, in dem wichtigen Sektor der Unternehmensdienstleistungen den Beschäftigungszuwachs auf die „regulären“ Beschäftigungsformen zu konzentrieren. Die privaten Dienstleister haben dagegen mit einem Anstieg von 50,4 % vornehmlich geringfügige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen.

Die Entwicklung in Deutschland insgesamt unterscheidet sich von der bremischen Entwicklung nicht wesentlich. Insgesamt nahm die geringfügige Beschäftigung um 31,3 % zu. Lediglich bei den Unternehmensdienstleistungen fällt positiv auf, dass der Beschäftigungszuwachs in Bremen um 7 %-Punkte höher lag und nur zu einem geringe-

den je Erwerbstätigen machen das Ausmaß des Wandels der Erwerbsarbeit deutlich und zeigen, dass allein ein Blick auf die Veränderung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung die Beschäftigungsentwicklung insgesamt unterzeichnet, da jenseits der Sozialversicherungspflicht Beschäftigungsformen entstehen, die eine zunehmende Bedeutung erfahren.

Die Beschäftigungsentwicklung wird darüber hinaus – zumal in von einem Strukturwandel besonders betroffenen Regionen – durch den Strukturwandel selbst und durch Produktivitätseffekte, die zu weiteren Arbeitsplatzverlusten führen, beeinflusst.

3. Beschäftigungsabbau – Steigende Produktivität

Arbeitsplatzverluste

Der Verlauf der Beschäftigungsentwicklung zeigt bis zum Jahr 1999 insgesamt ein negatives Bild mit einem Tiefststand der Zahl der Er-

werbstätigen von 380.285. Seitdem ist die Zahl der Erwerbstätigen wieder angestiegen und hat sich bei rund 390.000 stabilisiert. Im Zeit-

Tab. 3
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Arbeitsort)

Gebiet	1998	1999	1999	1999	1999	1999	Veränderung 2003 gegenüber 1998	
	Mio. Std.						%	
Land Bremen	554,3	551,5	554,7	554,8	552,8	547,4	-6,9	-1,2
Deutschland	56.010,2	56.314,6	56.703,8	56.433,0	55.664,2	55.225,8	-784,4	-1,4

ren Anteil auf die Schaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen ist.

Um die Frage zu beantworten, ob und in welchem Maße sich die Gesamtbeschäftigung verändert hat, ist eine Betrachtung des Beschäftigungsvolumens auf Stundenbasis erforderlich. Die aktuell zur Verfügung stehenden Angaben über die geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen am Arbeitsort für die Jahre 1998 bis 2003 zeigen, dass in der konjunkturell schwierigen Situation der letzten Jahre das Beschäftigungsvolumen bezogen auf alle Erwerbstätigen in Deutschland generell abgenommen hat, und zwar um 1,4 % bzw. 784,4 Mio. Arbeitsstunden. In Bremen gab es einen unterdurchschnittlichen Rückgang um 1,2 % bzw. 6,9 Mio. Arbeitsstunden. Rechnet man die Selbständigen heraus und betrachtet das Beschäftigungsvolumen allein der Arbeitnehmer, ergibt sich für Deutschland ein Rückgang von 1,9 % und für das Land Bremen ein Bundesvergleich deutlich geringerer Rückgang von 1,1 %. Der kräftige Rückgang der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in den Jahren 2001 bis 2003 ist dabei insbesondere auf die konjunkturelle Stagnationsphase zurückzuführen.

Die Befunde hinsichtlich der Entwicklung von Vollzeit-, Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung sowie der geleisteten Arbeitsstun-

denraum 1994 bis 2004 ist ein Arbeitsplatzverlust in Höhe von 6.394 (-1,6 %) zu verzeichnen, gegenüber einem Zuwachs von 3,1 % im Bund. Dabei ist jedoch zu beachten, dass der hohe Arbeitsplatzverlust im Jahresvergleich 1994/95 insbesondere auf den nachlassenden Wiedervereinigungsboom zurückzuführen ist, von dem in den Vorjahren das Verarbeitende Gewerbe – namentlich das bremische Ernährungsgewerbe – in besonderer Weise profitierte. Hinzu kamen im weiteren Verlauf der 90er Jahre massive Arbeitsplatzverluste in einzelnen krisenhaften Branchen wie dem Schiffbau, der seinen Höhepunkt im Konkurs des Bremer Vulkan Verbunds hatte. Ab dem Jahr 2000 gab es dagegen alljährlich höhere Zuwachsraten (bzw. geringere Rückgänge) als im Bund. Insgesamt ist seit dem Tiefststand 1999 die Zahl der Arbeitsplätze in Bremen um 2,8 % gestiegen, während dieser Zuwachs im Bund bei knapp 1 % lag.

Bei einer sektoralen Betrachtung zeigt sich der Arbeitsplatzabbau vor allem im Verarbeitenden Gewerbe (-16.066) und im Baugewerbe (-5.444). Hinzu kommen innerhalb des Dienstleistungsreiches Arbeitsplatzverluste im Verkehrssektor (-6.233) sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe (-3.254) und in der öffentlichen Verwaltung (-8.325).



Arbeitsplatzgewinne

Der massive Arbeitsplatzverlust in der bremischen Industrie konnte durch anhaltende Beschäftigungsgewinne bei den Dienstleistungen größtenteils kompensiert werden. So wurden im Handel 1.389 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Insbesondere das Gastgewerbe hat mit einem kräftigen Beschäftigungszuwachs von 46 % bzw. 5.733 Arbeitsplätzen zulegen können. Der zusammengefasste Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen ist annähernd konstant geblieben. Berücksichtigt man den Beschäftigungsabbau im öffentlichen Sektor, hat es hier eine deutliche Verschiebung der Beschäftigung hin zu den privaten Dienstleistungen gegeben.

Besonderes Gewicht kommt allerdings dem Bereich der Unternehmensdienstleistungen zu, der in Bremen mit rund 60 % um 20.700 Arbeitsplätze gewachsen ist.

Im Bund ergeben sich beim Handel mit einem Plus von 2,9 % etwas höhere Zuwächse. Im Gastgewerbe liegt die Entwicklung mit +38,2 % deutlich hinter der bremischen Zuwachsrate zurück. Bei den privaten und öffentlichen Dienstleistungen gab es im Bund dagegen mit +11 % eine positivere Entwicklung.

Im Bereich der Unternehmensdienstleistungen sind bundesweit Arbeitsplatzzuwächse im Umfang von 65,5 % zu verzeichnen, was leicht über dem bremischen Zuwachs liegt.

Betrachtet man den Entwicklungsverlauf der Arbeitsplatzzuwächse bei den Unternehmensdienstleistungen zwischen 1994 und 2004, so gibt es insbesondere ab dem Jahre 1999 einen deutlichen Arbeitsplatzzuwachs, der sich bis zum Jahr 2004 auf hohem Niveau verstetigte. In diesem Zeitraum konnte im Land Bremen die Entwicklung des Bundes um rund 7 %-Punkte übertroffen werden.

Ein Vergleich der Erwerbstätigenentwicklung in den Städten Bremen und Bremerhaven zeigt für Bremerhaven einen etwas maßvolleren Arbeitsplatzabbau im Verarbeitenden Gewerbe und im Verkehrssektor. Allerdings ist die Arbeitsplatzbilanz in Bremerhaven deutlich negativer. Hier konzentriert sich der ausgleichende Arbeitsplatzzuwachs bei den Dienstleistungen lediglich auf das Gastgewerbe. Insgesamt bleibt der Dienstleistungssektor Bremerhavens durch eine relativ stabile Entwicklung des Handels- und Verkehrsbereiches geprägt und weist eine deutliche Schwäche bei den unternehmensnahen Dienstleistungen auf, die sich innerhalb des Landes Bremen auf die Stadt Bremen konzentrieren.

Produktivitätseffekte und Beschäftigungsentwicklung

Die beschriebenen Beschäftigungsverluste gingen in Bremen einher mit einem im Bundes-

vergleich relativ stärkeren Anstieg der Produktivität. Darin ist eine erklärende Ursache für die teils massiven Beschäftigungsverluste in einzelnen bremischen Wirtschaftsbereichen zu sehen. Im Folgenden soll die Entwicklung der Arbeitsproduktivität⁶ im Vergleich der Jahre 1994 und 2004 in Bremen und im Bund analysiert werden. Um das Ausmaß der Produktivitätsentwicklung auf gesamtwirtschaftlicher Ebene genauer zu beziffern, wird zunächst das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen untersucht. Anschließend daran werden einzelne sektorale Entwicklungen anhand der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen betrachtet, die allerdings zum Teil erst bis zum Jahre 2002 vorliegt. Zusätzlich wird der Entwicklungsverlauf im Untersuchungszeitraum analysiert. Dazu werden die Zeiträume 1994/1999 und 1999/2004(2) differenziert betrachtet.

Zwischen 1994 und 2004 ist in Bremen das pro Erwerbstätigen erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt um 11,4 % gestiegen. Nachdem das BIP je Erwerbstätigen im Jahr 1994 noch bei 49.618 Euro lag, stieg es bis 2004 um rund 5.600 Euro auf 55.278 Euro an⁷. In Deutschland betrug der Anstieg im gleichen Zeitraum 10,4 % und lag nach 47.467 Euro im Jahr 1994 um rund 4.900 Euro höher bei 52.445 im Jahr 2004. Damit lag das BIP je Erwerbstätigen in Bremen nicht nur in jedem Jahr über dem Wert der Bundesrepublik, sondern verzeichnete gleichzeitig auch eine überdurchschnittliche Veränderungsrate.

Die positive Produktivitätsentwicklung der bremischen Wirtschaft ist insbesondere auf den

WZ 93 Code	Wirtschaftszweig
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe
D	dar. Verarbeitendes Gewerbe
F	Baugewerbe
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern
H	Gastgewerbe
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe
K	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.
L - P	Öffentliche und private Dienstleister
L	dar. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung
	Zusammen
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe
D	dar. Verarbeitendes Gewerbe
F	Baugewerbe
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern
H	Gastgewerbe
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe
K	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.
L - P	Öffentliche und private Dienstleister
L	dar. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung
	Zusammen

⁶ Zu einem Überblick über Definitions-, Mess- und Abgrenzungsprobleme der Produktivitätsentwicklung vgl. Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der Produktivität in Deutschland, Monatsbericht, September 2002.

⁷ BIP- und BWS-Werte im folgenden jeweils in Preisen von 1995.



Zeitraum 1994/1999 zurückzuführen. In diesem Zeitraum zeigt sich ein Anstieg der Produktivität im Land Bremen um 9,5 %, gegenüber einem Anstieg im Bund um 5,9 %. Im Zeitraum 1999/2004 stagniert dagegen die Produktivitätsentwicklung, während sie im Bund moderat um 3,2 % weiter ansteigt. Eine Ursache hierfür ist das wieder Anziehen der bremischen Beschäftigungsentwicklung am aktuellen Rand.

Betrachtet man die hier auf gesamtwirtschaftlicher Ebene gezeigten Zusammenhänge sektoral, ergeben sich die folgenden Befunde.

Bei abnehmender Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe des Landes Bremen nahm die Bruttowertschöpfung zwischen 1994 und 2004 von rund 4 Mrd. Euro auf rund 4,3 Mrd. Euro zu. Dahinter verbirgt sich eine Steigerung der Wirtschaftleistung je Erwerbstätigen von 48.063 Euro auf 64.043 Euro um 33,2 %. In Deutschland betrug diese Veränderung 25,2 % und lag damit 8 %-Punkte unter der bremischen Zuwachsrate.

Auch im Verarbeitenden Gewerbe ist der Zeitraum 1994/1999 ausschlaggebend für die stärkere Produktivitätsentwicklung, die mit 21,4 % deutlich über der Steigerungsrate des Bundes (8,4 %) lag. Die gegenüber dem Bund stabilere Beschäftigungsentwicklung des bremischen Verarbeitenden Gewerbes im Zeitraum 1999/2004 führte hingegen zu einer nachlassenden Produktivitätssteigerung, die allerdings mit knapp 10 % immer noch sehr positiv war.

Der Schrumpfungsprozess im Baugewerbe machte sich in Bremen etwas deutlicher bemerkbar.

So ist die Bruttowertschöpfung bei abnehmender Beschäftigung um rund 33 %, die Wirtschaftleistung je Baubeschäftigten um rund 11 % gesunken. Demgegenüber sank in Deutschland die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes um 26,5 %, die Wirtschaftsleistung je Baubeschäftigten stieg hingegen – bei einem stärkeren Beschäftigungsrückgang – leicht um 3,4 %.

Hier zeigt sich im Entwicklungsverlauf, dass im Land Bremen erst im Zeitraum 1999/2004 dieser Schrumpfungsprozess massiver wurde, während im Zeitraum 1994/1999 bei relativ stabiler Beschäftigung nur ein moderater Rückgang der Bruttowertschöpfung zu verzeichnen war. Im Bund war hingegen der Rückgang der Wertschöpfung im ersten Teilzeitraum ausgeprägter als in Bremen und lag im zweiten Teilzeitraum schließlich unter der Rückgangsrate des bremischen Baugewerbes. Damit zeigt sich in Bremen am aktuellen Rand das Bild eines beschleunigten Schrumpfungsprozesses im Baugewerbe; im Bund hingegen scheint sich dieser Prozess nunmehr bereits zu verlangsamen.

Alle Dienstleistungsbereiche zusammen haben eine deutliche Steigerung der Bruttowertschöpfung seit 1994 zu verzeichnen, und zwar in Bremen um 19 %, gegenüber einem Anstieg im Bund um 26,4 %. Anders der Anstieg der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich: hier steigerten die Bremer Dienstleistungsbeschäftigten ihre jeweilige Wirtschaftleistung um knapp 12 %, während in Deutschland der Anstieg der Wirtschaftsleistung je Beschäftigten mit knapp 10 % etwas unter dem Bremer Wert lag.

Tab. 4
Erwerbstätige
(Arbeitsort) im
Land Bremen und
in Deutschland
nach Wirtschafts-
bereichen

Jahresdurchschnitte							Veränderung 2004 gegenüber 1994		Veränderung 2004 gegenüber 1999	
1994	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Anzahl	%	Anzahl	%
Anzahl										
1.710	1.414	1.452	1.497	1.429	1.374	1.292	-418	-24,4	-122	-8,6
110.735	93.173	92.536	93.221	91.594	88.508	86.722	-24.013	-21,7	-6.451	-6,9
84.032	70.268	70.582	72.269	71.328	69.622	67.966	-16.066	-19,1	-2.302	-3,3
21.625	19.254	19.156	18.538	17.977	16.606	16.181	-5.444	-25,2	-3.073	-16,0
66.282	67.002	68.281	67.002	67.582	66.886	67.671	1.389	2,1	669	1,0
12.467	14.356	15.350	16.058	16.419	16.840	18.200	5.733	46,0	3.844	26,8
45.141	40.423	39.971	39.132	38.627	39.296	38.918	-6.223	-13,8	-1.505	-3,7
13.876	11.153	11.049	11.010	10.990	10.714	10.622	-3.254	-23,5	-531	-4,8
34.533	43.405	49.064	52.465	53.232	54.027	55.233	20.700	59,9	11.828	27,3
112.610	109.359	110.767	111.836	111.957	111.704	112.302	-308	-0,3	2.943	2,7
31.552	26.971	27.168	26.830	25.132	23.736	23.227	-8.325	-26,4	-3.744	-13,9
397.354	380.285	388.470	392.221	391.830	389.349	390.960	-6.394	-1,6	10.675	2,8
1.172.000	973.000	964.000	953.000	933.000	909.000	900.000	-272.000	-23,2	-73.000	-7,5
12.394.000	11.333.000	11.283.000	11.120.000	10.774.000	10.438.000	10.251.000	-2.143.000	-17,3	-1.082.000	-9,5
8.642.000	8.032.000	8.098.000	8.129.000	7.949.000	7.738.000	7.617.000	-1.025.000	-11,9	-415.000	-5,2
3.165.000	2.850.000	2.761.000	2.587.000	2.428.000	2.312.000	2.252.000	-913.000	-28,8	-598.000	-21,0
5.705.000	5.920.000	6.040.000	6.045.000	5.983.000	5.871.000	5.870.000	165.000	2,9	-50.000	-0,8
1.370.000	1.642.000	1.706.000	1.743.000	1.773.000	1.794.000	1.893.000	523.000	38,2	251.000	15,3
2.238.000	2.055.000	2.102.000	2.126.000	2.102.000	2.063.000	2.057.000	-181.000	-8,1	2.000	0,1
1.271.000	1.260.000	1.278.000	1.281.000	1.284.000	1.264.000	1.248.000	-23.000	-1,8	-12.000	-1,0
2.977.000	4.088.000	4.434.000	4.618.000	4.687.000	4.767.000	4.928.000	1.951.000	65,5	840.000	20,5
10.177.000	10.800.000	10.941.000	11.036.000	11.160.000	11.208.000	11.295.000	1.118.000	11,0	495.000	4,6
2.996.000	2.802.000	2.746.000	2.695.000	2.663.000	2.626.000	2.580.000	-416.000	-13,9	-222.000	-7,9
37.304.000	38.071.000	38.748.000	38.922.000	38.696.000	38.314.000	38.442.000	1.138.000	3,1	371.000	1,0



Im Zeitablauf fällt über alle Dienstleistungsbe-
reiche ein unterdurchschnittlicher Wertschöpfungs-
anstieg im Zeitraum 1994/1999 gegenüber dem
Bund und im Zeitraum 1999/2004 ein Gleichschritt
mit der Bundesentwicklung ins Auge. Darin kom-
men die in den vergangenen Jahren erzielten
Anteilsgewinne der Dienstleistungen an der bremi-
schen Wirtschaftsstruktur zum Ausdruck. Zu dieser
Entwicklung haben die verschiedenen Dienstleis-
tungssektoren in unterschiedlichem Ausmaß beige-
tragen.

Parallel zum Beschäftigungsabbau in der bremi-
schen Industrie und im Baugewerbe vollzog sich
ein deutlicher Arbeitsplatzabbau im bremischen
Verkehrssektor mit knapp 14 %, der im Bund mit
rund 8 % geringer ausfiel. Der Arbeitsplatzverlust
war hier insbesondere zu Beginn der 90er Jahre
am stärksten und führte erst gegen Ende der 90er
Jahre auf einen stabileren Pfad. Gleichzeitig war
in Bremen ein Anstieg der Wertschöpfung um
41,8 % (2002/1994) und ein Anstieg der Produktivität
um 65,7 % zu verzeichnen. Allerdings lag
diese Entwicklung im Gesamtzeitraum noch hinter
der Bundesentwicklung. Am aktuellen Rand ist
dagegen bei der bremischen Produktivitätsent-
wicklung (+14,8 %) nahezu ein Gleichschritt mit
der Bundesentwicklung (+16,8 %) zu verzeichnen.
Insgesamt deutet sich damit für das bremische
Verkehrsgewerbe unter strukturellen Gesichts-
punkten ein ähnliches Bild wie für die bremische
Industrie an, das in einer verbesserten Wettbewerbs-
fähigkeit des Verkehrssektors zum Ausdruck
kommt, ohne dass dies jedoch bereits Beschäf-
tigungssteigerungen nach sich gezogen hätte.
Darin spiegeln sich insbesondere die enormen
Rationalisierungsschübe im Bereich der bremischen
Hafenwirtschaft – ausgelöst durch die Contain-
erisierung des Güterumschlages –, mit der die
bremischen Häfen verstärkt von der dynamischen
Entwicklung des weltweiten Güterumschlages
profitieren können.

Innerhalb des Sektors Finanzierung, Ver-
mietung, Unternehmensdienstleistungen sind
bei den Unternehmen des Kredit- und Versiche-
rungsgewerbes zwischen 1994 und dem Jahre
2004 rund 23,5 % der Arbeitsplätze verloren ge-
gangen. Dieser Arbeitsplatzabbau geht ebenfalls
einher mit einer Steigerung der Wertschöpfung um
17,2 % und einer entsprechenden Produktivitäts-
steigerung um über 48 %. Die Bruttowertschöp-
fung je Beschäftigten im bremischen Kredit- und
Versicherungsgewerbe liegt mit 102.767 Euro
(2002) knapp 15.000 Euro über dem Durchschnitt
aller anderen Länder und wird nur von Hessen mit
dem internationalen Finanzzentrum Frankfurt über-
troffen. Dieser bremischen Entwicklung steht aller-
dings ein Anstieg der Wertschöpfung von 35,5 %
im Bund bei nahezu konstanter Beschäftigung
gegenüber. Im Zeitablauf ist diese Entwicklung auf
den ersten Teilzeitraum 1994/1999 zurückzuführen,
während am aktuellen Rand sowohl hinsicht-
lich der Beschäftigung als auch der Wertschöpfung

WZ 93 Code	Wirtschaftszweig
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe
D	Verarbeitendes Gewerbe
F	Baugewerbe
G-L	Dienstleistungsbereiche
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern (bis 2002)
H	Gastgewerbe (bis 2002)
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung (bis 2002)
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe (bis 2002)
K	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl. (bis 2002)
L - P	Öffentliche und private Dienstleister
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung (bis 2002)
	Zusammen
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe
D	Verarbeitendes Gewerbe
F	Baugewerbe
G-L	Dienstleistungsbereiche
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern (bis 2002)
H	Gastgewerbe (bis 2002)
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung (bis 2002)
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe (bis 2002)
K	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl. (bis 2002)
L - P	Öffentliche und private Dienstleister
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung (bis 2002)
	Zusammen

WZ 93 Code	Wirtschaftszweig
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe
D	Verarbeitendes Gewerbe
F	Baugewerbe
G-L	Dienstleistungsbereiche
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern (bis 2002)
H	Gastgewerbe (bis 2002)
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung (bis 2002)
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe (bis 2002)
K	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl. (bis 2002)
L - P	Öffentliche und private Dienstleister
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung (bis 2002)
	Zusammen
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe
D	Verarbeitendes Gewerbe
F	Baugewerbe
G-L	Dienstleistungsbereiche
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern (bis 2002)
H	Gastgewerbe (bis 2002)
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung (bis 2002)
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe (bis 2002)
K	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl. (bis 2002)
L - P	Öffentliche und private Dienstleister
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung (bis 2002)
	Zusammen



1994	1999	2004(2)	Veränderung 1999 gegenüber 1994		Veränderung 2004(2) gegenüber 1999		Veränderung 2004(2) gegenüber 1994	
			Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Land Bremen								
24.191	30.851	30.920	6.660	27,5	69	0,2	6.729	27,8
48.852	58.597	63.161	9.745	19,9	4.564	7,8	14.309	29,3
48.063	58.382	64.043	10.319	21,5	5.661	9,7	15.980	33,2
40.531	43.803	36.054	3.272	8,1	-7.749	-17,7	-4.477	-11,0
45.545	49.634	50.943	4.089	9,0	1.309	2,6	5.398	11,9
37.423	32.827	33.650	-4.596	-12,3	823	2,5	-3.773	-10,1
12.386	9.432	7.594	-2.954	-23,8	-1.838	-19,5	-4.792	-38,7
43.089	62.201	71.407	19.112	44,4	9.206	14,8	28.318	65,7
69.414	103.101	102.767	33.687	48,5	-334	-0,3	33.353	48,0
97.759	96.647	90.823	-1.112	-1,1	-5.824	-6,0	-6.936	-7,1
36.029	36.452	35.486	423	1,2	-966	-2,7	-543	-1,5
36.720	37.398	36.880	678	1,8	-518	-1,4	160	0,4
46.375	51.760	53.587	5.385	11,6	1.827	3,5	7.212	15,6
Deutschland								
17.568	25.447	27.511	7.879	44,8	2.064	8,1	9.943	56,6
43.801	47.260	53.666	3.459	7,9	6.406	13,6	9.865	22,5
44.168	47.875	55.291	3.707	8,4	7.416	15,5	11.123	25,2
36.907	36.863	38.148	-44	-0,1	1.285	3,5	1.241	3,4
45.982	49.026	50.549	3.044	6,6	1.523	3,1	4.567	9,9
31.131	31.340	32.307	209	0,7	967	3,1	1.176	3,8
16.927	12.333	9.887	-4.594	-27,1	-2.446	-19,8	-7.040	-41,6
41.497	62.637	73.097	21.140	50,9	10.460	16,7	31.600	76,2
66.019	87.627	88.536	21.608	32,7	909	1,0	22.517	34,1
119.597	106.698	102.744	-12.899	-10,8	-3.954	-3,7	-16.853	-14,1
35.168	35.337	35.085	169	0,5	-252	-0,7	-83	-0,2
37.196	39.440	41.115	2.244	6,0	1.675	4,2	3.919	10,5
44.364	47.898	50.841	3.534	8,0	2.943	6,1	6.477	14,6

Tab. 5
Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995

1994	1999	2004(2)	Veränderung 1999 gegenüber 1994		Veränderung 2004(2) gegenüber 1999		Veränderung 2004(2) gegenüber 1994	
			Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Land Bremen								
41	44	40	3	7,3	-4	-9,1	-1	-2,4
5.410	5.460	5.477	50	0,9	17	0,3	67	1,2
4.039	4.102	4.353	63	1,6	251	6,1	314	7,8
876	843	583	-33	-3,8	-260	-30,8	-293	-33,4
12.976	14.180	15.433	1.204	9,3	1.253	8,8	2.457	18,9
2.480	2.199	2.274	-281	-11,3	75	3,4	-206	-8,3
154	135	125	-19	-12,3	-10	-7,4	-29	-18,8
1.945	2.514	2.758	569	29,3	244	9,7	813	41,8
963	1.150	1.129	187	19,4	-21	-1,8	166	17,2
3.376	4.195	4.835	819	24,3	640	15,3	1.459	43,2
4.057	3.986	3.985	-71	-1,8	-1	0,0	-72	-1,8
1.159	1.009	927	-150	-12,9	-82	-8,1	-232	-20,0
18.427	19.684	20.950	1.257	6,8	1.266	6,4	2.523	13,7
Deutschland								
20.590	24.760	24.760	4.170	20,3	0	0,0	4.170	20,3
542.870	535.600	550.130	-7.270	-1,3	14.530	2,7	7.260	1,3
381.700	384.530	421.150	2.830	0,7	36.620	9,5	39.450	10,3
116.810	105.060	85.910	-11.750	-10,1	-19.150	-18,2	-30.900	-26,5
1.091.510	1.263.160	1.379.530	171.650	15,7	116.370	9,2	288.020	26,4
177.600	185.530	193.290	7.930	4,5	7.760	4,2	15.690	8,8
23.190	20.250	17.530	-2.940	-12,7	-2.720	-13,4	-5.660	-24,4
92.870	128.720	153.650	35.850	38,6	24.930	19,4	60.780	65,4
83.910	110.410	113.680	26.500	31,6	3.270	3,0	29.770	35,5
356.040	436.180	481.560	80.140	22,5	45.380	10,4	125.520	35,3
357.900	382.070	396.290	24.170	6,8	14.220	3,7	38.390	10,7
111.440	110.510	109.490	-930	-0,8	-1.020	-0,9	-1.950	-1,7
1.654.970	1.823.520	1.954.420	168.550	10,2	130.900	7,2	299.450	18,1

Tab. 6
Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen (Inland)

ein stabiler Pfad – ähnlich der Entwicklung des Bundes – beobachtet werden kann.

Im Handel und im Gastgewerbe ist die Entwicklung ambivalent. Zwar verzeichnen beide Bereiche Beschäftigungszuwächse, wobei dieser im bremischen Gastgewerbe mit 46 % (+5.733) deutlicher ausgeprägt war. Gleichzeitig ist in beiden Bereichen aber auch die Bruttowertschöpfung reichlich im Gastgewerbe (-18,8 %) bzw. moderat im Handel (-8,3) zurückgegangen. Dies hatte zur Folge, dass auch die Wirtschaftsleistung der im Gastgewerbe (-38,7 %) und Handel (-10,1 %) jeweils Beschäftigten zurückgegangen ist. Zumindest im Gastgewerbe weichen diese Zahlen im Bundesvergleich nicht voneinander ab. Eine erklärende Ursache liegt darin, dass in diesen beiden Sektoren in stärkerem Maße Vollerwerbsarbeitsplätze mit höherer Wertschöpfung durch Teilzeit- und geringfügige Arbeitsplätze mit geringerer Wertschöpfung ersetzt worden sind, bzw. dass der Arbeitsplatzzuwachs in diesem Bereich auf eine Zunahme der letztgenannten Beschäftigungsformen zurückzuführen ist. Damit wäre der oben skizzierte Wandel der Erwerbsstrukturen im Land Bremen zu einem großen Teil diesen beiden Wirtschaftssektoren zurechenbar.

Im Zeitverlauf ist über den gesamten Untersuchungszeitraum ein stetiger Anstieg der Beschäftigung zu beobachten, der sich am aktuellen Rand noch verstärkte. Im Handel ist interessant, dass die Beschäftigung im zweiten Teilzeitraum leicht gestiegen ist, während sie im Bund fiel. Hinsichtlich der Bruttowertschöpfung ist in beiden Sektoren im zweiten Teilzeitraum eine etwas bessere Entwicklung zu beobachten, die zumindest im Handel zu einem positiven Ergebnis geführt hat. Die Wirtschaftsleistung je Beschäftigten stieg im Bremer Handel ähnlich wie im Bund leicht an, während sie im Gastgewerbe sowohl in Bremen wie auch im Bund um rund 20 % weiter kräftig abnahm.

Der zusammengefasste Bereich der Unternehmensdienstleistungen trug in erheblichem Umfang dazu bei, die Beschäftigungsverluste in den anderen Bereichen annähernd zu kompensieren und verzeichnete ein Plus von knapp 60 % bzw. 20.700 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Die Bruttowertschöpfung in diesem Sektor stieg um knapp 44 %, während die Wirtschaftsleistung der in diesem Bereich Beschäftigten um 7,1 % zurückging. In Deutschland war dagegen ebenfalls ein Anstieg der Beschäftigten (+65,5 %) zu verzeichnen, während die Bruttowertschöpfung in diesem Bereich um 35,3 % stieg, die Wirtschaftsleistung je Beschäftigten jedoch um 14,1 % abnahm. Zwar hat die Wirtschaftsleistung der im bremischen Unternehmensdienstleistungssektor Beschäftigten noch nicht den Stand derjenigen im Bund erreicht. Allerdings war dieser Sektor im Land Bremen zu Beginn der 90er Jahre auch deutlich unterrepräsentiert und zeigt in der Entwicklung einen positiven Trend, der auf den Pfad der Bundesentwicklung einschlägt. Dies zeigt auch die differenzierte Betrachtung der beiden Teilzeiträume, bei der in

Bremen die Beschäftigungsentwicklung des Bundes am aktuellen Rand um rund 7 %-Punkte und der Anstieg der Bruttowertschöpfung um rund 5 %-Punkte übertroffen werden konnte.

Das differenziert gezeichnete Bild der bremischen Wirtschaft zwischen 1994 und 2004 zeigt verschiedene Aspekte auf. Die Beschäftigungsentwicklung war bis Ende der 90er Jahre noch von massiven Beschäftigungsverlusten im Verarbeitenden Gewerbe, der Bauwirtschaft und bei den Dienstleistungen im Verkehrssektor und dem Kredit- und Versicherungsgewerbe gekennzeichnet. Dabei handelte es sich zum Teil noch um nachlaufende Beschäftigungsverluste, ausgelöst durch besondere Strukturkrisen in einzelnen Branchen. Diese Beschäftigungsverluste haben jedoch nicht zu einem generellen Bedeutungsverlust dieser Sektoren geführt. Bis auf die Bauwirtschaft, die in Deutschland einem generellen Schrumpfungsprozess unterlag, ist in allen drei genannten Sektoren eine Steigerung der Bruttowertschöpfung zu verzeichnen. Dies geht einher mit einer Steigerung der erbrachten Wirtschaftsleistung je Beschäftigten. Diese überdurchschnittlichen Produktivitätseffekte haben zur Folge, dass die Unternehmen in diesen Sektoren ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit haben stärken können. Allerdings geschah dies auf Kosten der Beschäftigung, da zunächst keine positiven Beschäftigungseffekte zu verzeichnen sind. Erst am aktuellen Rand zeigt sich beispielsweise im bremischen Verkehrssektor, dem Gastgewerbe und dem Handel ein moderater, insbesondere aber bei den Unternehmensdienstleistungen ein starker Anstieg der Arbeitsplatzzahlen. Im Verarbeitenden Gewerbe ist zumindest eine gewisse Stabilisierung der Beschäftigtenzahl zu erkennen.

Die Entwicklung der bremischen Wirtschaft ist vor dem Hintergrund der Struktur der bremischen Wirtschaft am Ausgang der 80er Jahre zu bewerten. Im Verlauf der 90er Jahre konnte ein Wandel der Wirtschaftsstruktur hin zu innovativen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsbereichen vollzogen werden, der allerdings noch lange nicht abgeschlossen ist. Es ist bekannt, dass es sich in der regionalen Wirtschaftsstrukturpolitik um langfristige Wirkungsketten handelt, die allerdings durch externe sektorale Ereignisse bzw. konjunkturelle Störungen unterbrochen werden können. Zusätzlich wandeln sich die Erwerbsstrukturen, die zu einem Verlust vormals sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung und einem Anstieg von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung sowie neuen Formen von Selbstständigkeit führen.

Am aktuellen Rand zeigen sich zwei zentrale Befunde: erstens, dass der stetige Trend massiver Beschäftigungsverluste im Land Bremen durchbrochen werden konnte. Und zweitens, dass angesichts der gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Wirtschaft langfristig wieder neue Beschäftigung im Land Bremen entstehen kann.